

## **I. Eine andere Welt ist möglich**

„Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens 'Aktion für eine Tobinsteuer als Bürgerhilfe' (Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens – Attac) ins Leben rufen? Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale und ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierungen als gigantische staatsbürgerliche 'pressure-group' auftreten, mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen.“

Das sind die letzten Sätze aus dem Leitartikel, den Ignacio Ramonet, damaliger Direktor der französischen Monatszeitung *Le Monde diplomatique*, im Dezember 1997 veröffentlichte. Überwältigt von der Vielzahl an Leserinnenreaktionen lud die Zeitschrift im Januar 1998 zur Gründungsversammlung von Attac Frankreich ein. Unter einem leicht geänderten Namen (Association pour la taxation des transactions financière pour l'aide aux citoyens – Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürgerinnen) waren von Anfang an einige Tausend Mitglieder dabei.

Dieses Vorbild beflügelte Menschen in vielen Ländern, die sich kritisch mit den Erscheinungen der Weltwirtschaft auseinandersetzten, die vielfach unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden. In Deutschland hatten die relativ schwachen Proteste anlässlich des EU- und des G7-Gipfels im Juni 1999 in Köln das Bedürfnis bestärkt, nächstens besser organisiert zu sein. So luden die Nichtregierungsorganisationen Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), Kairos Europa, Pax Christi und die Stiftung Umverteilen für Januar 2000 zu einem Treffen nach Frankfurt am Main ein, bei dem die gut 100 Anwesenden das „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte“ gründeten. Im November desselben Jahres setzte es seinem Namen das „Attac Deutschland“ voran.

Was sich rückblickend einfach und leicht verständlich anhört und zu einer Erfolgsgeschichte wurde, war damals keineswegs zu erwarten gewesen. Um die Schwierigkeiten und die Bedeutung des damaligen Aufbruchs zu verstehen, ist eine kurze Betrachtung der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts nötig.

### Der Epochenbruch als Zusammenbruch

Die Weltordnung zu Beginn dieses Jahrzehnts hatte mit der heutigen keinerlei Ähnlichkeit. Sie war seit fast einem halben Jahrhundert geprägt gewesen durch die Existenz zweier Supermächte, die sich hochgerüstet und feindlich gegenüberstanden. Die meisten anderen Staaten ordneten sich der einen oder anderen mehr oder weniger eng zu oder wurden von ihnen mit mehr oder weniger Zustimmung in ihren Einflussbereich gezogen. Die jeweilige Fähigkeit, sich wechselseitig mit atomaren Waffen zu vernichten, führte zwar zu einer Art von erzwungener Stabilität, war aber gleichzeitig auch immer ein Herd von Unsicherheit und Furcht.

Oppositionelle Bewegungen in beiden Blöcken standen unter dem Dauerverdacht, Fünfte Kolonnen des Gegners zu sein. In Deutschland, zwischen dessen zwei Staaten die Blockgrenze verlief, waren die Auswirkungen dieser Situation besonders krass. Es war für alle jederzeit sichtbar, dass es eine gesellschaftliche und staatliche Alternative gab. Das verunsicherte die herrschenden Eliten stärker, als es die jeweiligen Oppositionsgruppen je vermocht hatten. Genau diese Situation zerbrach Anfang der 90er Jahre. In Deutschland verschwand im unvorstellbar kurzen Zeitraum zwischen

November 1989 und Oktober 1999 diese gesamte staatliche Ordnung.

Das brachte die ganze Linke in eine Lage, auf die sie in keiner Weise vorbereitet war. Die Ostlinke war teilweise innerhalb der Staatspartei SED oppositionell gewesen, teilweise gegen sie. Das erlaubte ihr praktisch kein gemeinsames Agieren unter den neuen Bedingungen. Im Westen hatte die gesamte Linke unter dem Generalverdacht des Kommunismus gestanden, völlig unabhängig davon, wie sie zur untergegangenen DDR gestanden hatte. Nicht nur die Strömung, die sich tatsächlich positiv auf den real existierenden Sozialismus bezog, wurde nun also mit dessen Niederlage identifiziert.

Am raschesten fand ein Politikansatz darauf eine Antwort, der auf ein neues Element dieser Situation reagierte. In der Welt der Blockkonfrontation war offener Nationalismus als politische Legitimationsbasis nur eingeschränkt möglich gewesen. Gerade in Deutschland war er nach der Erfahrung des Nationalsozialismus weitgehend diskreditiert. Nun aber sang der Deutsche Bundestag stehend die Nationalhymne und die „Wiedervereinigung der gespaltenen Nation“ wurde Staatsziel. Einige vor allem linksradikale Kritikerinnen sahen sehr früh, dass hier eine Büchse der Pandora geöffnet wurde. Die grausigen Ereignisse bei der späteren nationalen Zerlegung Jugoslawiens gaben ihnen insoweit durchaus recht. Gleichzeitig radikalisierten sie ihre antinationale Kritik immer weiter bis hin zur Parole „nie wieder Deutschland“. Das führte dazu, dass die innovativste aus dem Epochenbruch von 1989/90 hervorgegangene Strömung der westdeutschen Linken unfähig zu jedem politischen Eingreifen in selbstgewählter Isolation verharrte.

Die Auseinandersetzung mit dem in die staatliche Politik zurückgekehrten Nationalismus hätte auch die Friedensbewegung leisten können. Ihr standen drei gleichzeitig stattfindende Entwicklungen im Weg. Zum einen hofften viele darauf, dass nunmehr ja der Systemkonflikt beendet und damit die Notwendigkeit der Hochrüstung überwunden sei. Eine „Friedensdividende“ sei zu erwarten. Als sie realisiert hatten, dass die herrschenden Eliten gar nicht daran dachten, auf Militär und Drohung zu verzichten, war es schon zu spät. Zweitens kämpften im Irak nicht mehr nur wie bisher die Stellvertreter, da waren die USA und andere Nato-Staaten direkt beteiligt. Die Ablehnung des imperialistischen Krieges war immer linker Konsens gewesen, aber war dies noch ein imperialistischer Krieg, wenn Irak Israel direkt bedrohte? Nicht nur die antideutsche Strömung wechselte ins Lager der Kriegsbefürworterinnen. Schließlich fiel im Krieg in Jugoslawien die letzte Schranke: Deutsche Soldaten kämpften mit und ehemalige Link(sradikal)e befehligten sie. Der wichtigste und älteste innerlinke Konsens war zerbrochen.

Auch auf anderen Ebenen verschwanden die Gewissheiten. Nach und nach kehrten die Befreiungsbewegungen im Süden ins politische Leben zurück, ohne dass sie ihre Ziele erreicht gehabt hätten. Teilweise vollzogen sie Schwenks zu neoliberalen Positionen oder beflößigten sich der persönlichen Interessensicherung.

Auf der Ebene der Strukturen führte das zum Zerfall von immer mehr Gruppen und zur personellen und politischen Schwächung der Überlebenden. Neugründungen entstanden außerhalb des antideutschen Bereichs kaum, basis- oder aktionsorientierte Gruppen wurden bedeutungslos, der Großteil der linken Presse verschwand. Kaum ein Monat, in dem nicht die Nachricht von der Auflösung einer Gruppe, der Letztausgabe einer Zeitschrift kam. Radikale Kritik verstummte, Nichtregierungsorganisationen machten pragmatische Politik. Es schien, als habe Francis Fukuyama recht mit seinem Satz vom Ende der Geschichte, also der großen Widersprüche und Kämpfe um grundsätzliche Alternativen. Die 1998 neugewählte deutsche Regierung aus SPD und Grünen stieg gleich in den Jugoslawienkrieg ein und lähme damit die Einen, während die Anderen auf erfolgreiche soziale Reformen hofften. Die aber blieben aus, Kriegskanzler Schröder tat sich vielmehr durch Sprüche hervor wie den, dass es keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik gebe, sondern nur gute oder schlechte. Also schon wieder „Es gibt keine Alternative“, nur diesmal nicht von der erzneoliberalen Lady Thatcher, sondern von den sozialdemokratischen Führern Europas, die damals in fast allen EU-Staaten regierten.

Angesichts dessen war die Aussage „Eine andere Welt ist möglich“ eine Erlösung und Attac machte sie sich zu eigen.

## Aufbruch als Medienereignis

Dabei war die Entstehung von Attac in Deutschland anfänglich keineswegs eine Erfolgsgeschichte. Beim ersten Treffen im Januar 2000 waren zwar über 100 Personen anwesend, aber die meisten waren altgediente Linke, kannten sich seit Jahren, oft Jahrzehnten und repräsentierten überwiegend NRO. Junge, aktionsorientierte Menschen waren kaum darunter. Beim zweiten Ratschlag Mitte April in Hannover waren es nur noch etwa 80 Personen, auch die „Erklärung zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte“, die Ende Mai öffentlich vorgestellt wurde, blieb NRO-lastig. Beim 3. Ratschlag im November in Frankfurt kamen gerade einmal 50 Menschen mit einem Altersdurchschnitt, der deutlich über ihrer Anzahl lag. Zwar entstanden ein paar lokale Gruppen, aber im Frühjahr 2001 haben wir ernsthaft überlegt, ob das Projekt überhaupt noch eine Zukunft hat. Einen für den Herbst vorgesehenen Kongress haben wir damals im Format deutlich zurückgestuft. Unsere Mobilisierung zum G8-Gipfel nach Genua machte mal gerade einen halben Bus voll, so dass wir ihn uns mit ein paar Journalistinnen teilten.

Am 20. Juli 2001 hatte attac Deutschland keine 300 Personen als Mitglieder und knapp 100 Organisationen. Das Datum ist deshalb bedeutsam, weil an diesem Tag Carlo Giuliani in Genua von der Polizei bei einer Demonstration erschossen wurde. Die Demo am folgenden Tag wurde mit maßloser Repression überzogen und die zahlreich vor Ort anwesenden internationalen Medien berichteten umfassend. Da unsere Aktiven dort durch ihre Anreise über gute Pressekontakte verfügten und wir auch hier in Deutschland sehr früh und umfassend mit genauen Informationen und deutlichen Stellungnahmen präsent waren, kamen wir in der Berichterstattung sehr stark vor. Damals entstanden gleich mehrere Mythen über attac, positive wie negative, halbwegs zutreffende wie falsche.

Zutreffend ist, dass Attac seinen Aufstieg zu einem gewichtigen Teil seiner Medienpräsenz verdankt. Zutreffend ist auch, dass Attac-Aktivistinnen eher zufällig zur richtigen Zeit am richtigen Ort waren. Falsch ist aber, dass Attac mit „den Globalisierungskritikerinnen“ gleichzusetzen sei. Gerade letzteres hat sich bis heute gehalten. Immer noch begegnet es, dass man Attac mit der gesamten Bewegung verwechselt, und zwar in jeder Beziehung. Da gibt es Kirchenleute, die sagen: „Ihr seid doch die, die bei Gipfeln immer Randalen machen!“ Und wenn eine linke Demo zu klein bleibt, dann heißt es bei den Medien: „Attac ist auf dem Abstieg“ oder bei manchen Linken: „Attac hat nicht mobilisiert“. Medienzugang erweist sich so als Notwendigkeit und gleichzeitig als Problem. In Zeiten instabiler Organisationsstrukturen ist auch linke, oppositionelle Politik auf Verstärkung durch die Medien angewiesen und gleichzeitig schafft das Abhängigkeiten, die man selbst kaum noch in der Hand hat.

Jedenfalls führte die Berichterstattung im Zusammenhang mit Genua dazu, dass uns die Menschen förmlich überrannten. Der erwähnte Kongress fand im Oktober 2001 in Berlin mit etwa 3000 Teilnehmerinnen statt. Im Mai 2002, als wir auf einem Ratschlag in Frankfurt unsere Grundsatzerklärung und die Strukturbeschlüsse verabschiedeten, hatte sich die Mitgliederzahl nochmals verdoppelt. Es gab Dutzende von lokalen Gruppen und mehrere bundesweite Arbeitsgruppen, die selbstständig an Themen arbeiteten.

Schon auf dem Kongress war eine Kampagne endgültig auf den Weg gebracht worden, die zuvor auf einem Ratschlag beschlossen worden war: „Gesundheit ist keine Ware“ Diese gipfelte im September 2002 in Köln in einer gemeinsamen Demonstration mit den Jugendverbänden von IG Metall und verdi mit 40 000 Menschen. Es war das zweite Mal, dass wir uns mit den Sozialsystemen befassten, und es wurde von den Medien ebenso ignoriert wie das erste. Schon seit April 2000 hatten wir unter dem Motto „Riester in Rente – Solidarische Rente“ gegen die Privatisierung der Altersversorgung protestiert. Der Impuls dazu war von der Informationsstelle Lateinamerika gekommen, für die ich dem Koordinierungskreis von Attac angehörte. In Chile hatte nämlich schon 1981 ein Team von US-amerikanischen neoliberalen Ökonomen ein privates Sozialsystem eingerichtet, das offen als Vorbild für Europa gehandelt wurde. Außerdem war klar, dass die Umstellung auch nur von Teilen der Altersversorgung auf Kapitaldeckung dazu führen

würde, die Beträge drastisch zu vergrößern, die Anlage auf den Finanzmärkten suchten. Trotz dieser offensichtlichen Bezüge zur Globalisierung und trotz der Tatsache, dass Attac Deutschland seine rasante Entwicklung in dieser Zeit nicht zuletzt den Medien verdankte, fand das alles in der Presse kaum Beachtung. Bis heute noch kommt es vor, dass Journalistinnen, die selbst Mitglied bei Attac sind, uns fragen, warum wir uns denn bloß ab 2003 oder 04 den Sozialthemen zugewandt hätten. Das sei doch nichts für Globalisierungskritikerinnen, sondern für national orientierte Gewerkschaften.

## Die Bewegung der Bewegungen

Solche Gewerkschaften hatten tatsächlich zumindest auch teilweise mit am Anfang der Bewegung gestanden. Im Juni 1999 waren etwa 30 000 Menschen zu einer Demonstration gegen den EU-Gipfel nach Köln gekommen. Zwei Wochen später protestierten dort 20 000 in einer Menschenkette und 10 000 in einem Marsch durch die Innenstadt gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Die Aktionen wurden allgemein als wenig erfolgreich gewertet. Als am 1. Dezember in Seattle in den USA 50 000 Menschen gegen das Ministertreffen der Welthandelsorganisation WTO auf die Straße gingen, war das ganz anders. Die eher national-protektionistischen Gewerkschaften der Metall- und der Transportarbeiterinnen, Umweltschützerinnen, Solidaritätsgruppen mit den arm gemachten Ländern des Südens, Verbraucherinneninitiativen, christliche Gemeinden und antikapitalistische Aktionistinnen hatten mobilisiert, zum Teil abgesprochen, zum Teil unabhängig voneinander. Die Aktionskonzepte waren wenig abgestimmt, verstärkten sich aber zu einem produktiven Chaos. Zeitweise ging nichts mehr in Seattles Straßen. Selbst Delegierte erreichten ihre Sitzungssäle nicht. Nach wenigen Tagen wurde die Versammlung ergebnislos abgebrochen.

Dieses Ereignis gilt allgemein als die Geburtsstunde der globalisierungskritischen Bewegung. Dabei war es weder das erste Ereignis dieses Protestzyklus – schon das Projekt eines sogenannten Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) musste aus den gleichen Gründen aufgegeben werden: Die Protagonistinnen waren sich nicht einig und verschiedene Protestmotivationen verstärkten sich gegenseitig – noch gibt es die geringste Klarheit darüber, was für eine Bewegung das genau ist. Früher war das einfacher. Die Arbeiterinnenbewegung trat für die Interessen der Beschäftigten ein, die Frauenbewegung für feministische Anliegen und die Friedensbewegung kämpfte gegen den Krieg.

Bei den Globalisierungskritikerinnen ist nicht einmal der Name unumstritten. „NoGlobals“ nennen sie sich meist im Englischen und das reflektiert durchaus die oben am Beispiel Seattle gezeigt Interessenvielfalt; das kann harte Ablehnung des Kapitalismus ebenso umfassen wie protektionistische Schutzbedürfnisse. „Altermondialistes“ sagen die Französinen und drücken damit auch die Vision einer anderen Welt aus. „Globalisierungsgegnerinnen“ nennen sich in Deutschland oft diejenigen, die damit betonen wollen, dass Globalisierung das Werk der herrschenden Interessen ist, die es zu bekämpfen gilt. Sie werfen damit den „Globalisierungskritikerinnen“ implizit vor, sie wollten eine andere Welt von den Eliten lediglich erbetteln. Die alten Gräben aus der Zeit von Reform oder Revolution sind noch nicht endgültig zugeschüttet.

In Attac gibt es all diese Positionen und das ist gewollt so. Im internationalen Rahmen gibt es Attac-Verbände, die mehr oder weniger eindeutig einer Richtung zuzuordnen sind, in Deutschland sind sie alle im selben Netzwerk. „Wer bei Attac mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, AtheistIn, HumanistIn, MarxistIn sein oder anderen Philosophien anhängen“, heißt es in der Selbstverständniserklärung. Und weiter: „Attac hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis und braucht eine solche nicht.“ Welche andere Welt möglich sein könnte, welche Inhalte dazugehören, wie sie zu verwirklichen sei, ob sie herbeiargumentiert werden kann oder erkämpft werden muss – das und vieles Andere bleibt offen. Aber damit hat Attac offensichtlich genau den Punkt getroffen, der damals, um die Jahrtausendwende, organisierbar war. Es hatte die Mobilisierung gegen das MAI gegeben. Es hatten

mehrere Versuche stattgefunden, die Verschuldung des Südens zum Gegenstand von Kampagnen zu machen. Netzwerke gegen Gen- und Biotechnologien waren entstanden und in vielen Gewerkschaften und Kirchen weltweit formierten sich fortschrittliche Kleingruppen. Marx hatte schon im Kapital geschrieben: „Man erinnert sich, daß China und die Tische zu tanzen anfangen, als alle übrige Welt still zu stehen schien – pour encourager les autres.“ (MEW 23, S.85) Er will damit nicht nur, wie im französischen Ausdruck zusammengefasst, „anderen Mut machen“, sondern weist auch darauf hin, dass es Stillstand in den politischen und sozialen Verhältnissen nicht gibt. Immer ist etwas in Bewegung, immer suchen Menschen nach Auswegen aus unerträglichen Situationen, sei es in esoterischer Weltflucht (die tanzenden Tische) oder sei es in Weltgegenden, auf die wir gerade nicht blicken – darüber wird noch zu reden sein.

Wenn Geschichte scheinbar aus dem Nichts plötzlich sehr schnell zu werden scheint, wie es hier in der großen Politik für den Untergang der DDR erwähnt und im Kleinen für das Wachstum von Attac Deutschland nach Genua geschildert wurde, dann ist dem etwas vorausgegangen. Diese Prozesse müssen für die Zeitgenossinnen nicht sichtbar sein. Sie können sich als Rückzug ins Private darstellen oder als Frust und Zusammenbruch von Strukturen wie in den 90er Jahren. Aber unterhalb der Oberfläche gärt es und schiebt sich etwas zusammen, bis es so dicht ist, dass es zum Vorschein kommt. Dass sich in Köln 1999 noch kaum etwas bewegte, heißt nicht, dass nichts da war. Zwar stimmte meine Bemerkung in einem damalige Artikel objektiv, dass der Euro Ausdruck der gemeinsamen europäischen Interessen war und nicht der nach der 1998er Wahl in Deutschland so oft betonte Umstand, dass fast überall Sozialdemokratinnen regierten. Aber das war viel zu weit vorgeprescht und wir hatten uns mit unserem Aufruf „Für ein Ende der Bescheidenheit“ und der Aufforderung „Gipfel stürmen“ vom Alltagsverstand zu weit entfernt.

In Seattle trafen die Akteure in Form und Inhalt genauer die Möglichkeiten und Begrenztheiten der Angesprochenen und die Bewegung der Bewegungen wurde sichtbar. Sie unterscheidet sich von allen früheren Bewegungen dadurch, dass sie einen „ebenso programmatischen wie organisatorischen Internationalismus (zu) ihrem Ausgangspunkt“ macht, wie Thomas Seibert schreibt (Buko, S.59), um fortzufahren, dass noch nie eine „Bewegung so entschieden die eigene heterogene Zusammensetzung bejaht“ habe. Darin reflektiere sie „das relative Scheitern sämtlicher antikapitalistischen Projekte“. Gemeint ist, dass der sich selbst revolutionär verstehende sozialistisch-kommunistische Weg mit dem Epochenbruch verloren war, der reformistisch-sozialdemokratische mit Blairs und Schröders Neoliberalisierung und derjenige der bewaffneten Befreiungsbewegungen im Süden mit ihrem militärischen Scheitern und ihrer Reintegration ins System. In dieser Situation versagten die alten Antworten und die alten Politikformen.

Als Attac in Deutschland gegründet wurde, waren wir überzeugt davon, dass es in diesem Land eine große Zahl von Menschen geben müsse, die mit den Verhältnissen unzufrieden seien. Ihnen fehlten zum Teil die Begriffe dafür oder die Kommunikationswege, um das anderen mitzuteilen; einige erlebten sich als vereinzelt; manchen fehlten Mut und Erfahrung für öffentliches Auftreten. Aber vor allem konnten und wollten sie nichts mit den bestehenden Angeboten für politisches Engagement anfangen. Weder angeblich reformorientierte Parteien noch themenspezialisierte BIs, weder linksradikale noch menschenrechtliche Gruppen, weder Soliszene mit der 3. Welt noch Umweltaktivismus war das, was sie gerne machen wollten.

Es sollte schon um Ökonomie gehen und um die ganze Gesellschaft, aber ohne dass fertige Antworten gleich mitgeliefert würden. Das Ganze sollte halbwegs professionell und frei von dem behäbig-alternativen Image der Altlinken sein. Man wollte etwas tun, aber ohne sich für alles Mögliche zu binden; etwas Konkretes sollte es sein, ohne dass daraus Ansprüche abgeleitet werden könnten nach dem Motto, wer A sage, müsse auch B sagen. Ein junges Attac-Mitglied hat mir das damals so beschrieben, dass er und seine Generation kein Richtigkeits-, sondern ein Nützlichkeitsverhältnis zur Politik hätten; sie fragten nicht, was grundsätzlich notwendig und richtig sei, sondern was ihnen hier und jetzt nützlich erscheine. Eine andere Welt ist möglich, aber Stück für Stück und ohne sich von ihrem Bild erdrücken zu lassen. Diesem Gefühl hat Attac einen Platz geschaffen. Attac war sozusagen die organisatorische Form, in der sich dieses diffuse Unbehagen an den Verhältnissen in politische Dynamik verwandeln konnte.

Die Menschen, die wir ansprechen konnten, haben in ihrer überwiegenden Mehrheit weitergehende Klarheiten verweigert. Attac wurde damit in Deutschland die größte der globalisierungskritischen Bewegungen. Unsere Entwicklung zeigte, dass neue erfolgreiche Projekte möglich waren. Auch andere Gruppen trauten sich wieder mehr zu oder entstanden neu, teilweise schon vor Attac. Das Netzwerk Peoples' Global Action, das in Köln 99 beteiligt war und bei der Mobilisierung gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos eine große Rolle spielte, zeigt ein deutlich aktionistisches Profil. Die Bundeskoordination Internationalismus (BuKo), schon in den 1970er Jahren gegründet, erfuhr deutlichen Auftrieb bei klar formuliertem antikapitalistischen Standpunkt. Es wäre also durchaus falsch, Attac als die einzig mögliche Form erfolgreicher globalisierungskritischer Organisation zu verstehen.

Im globalen Rahmen kam all das in den Weltsozialforen zusammen, deren erstes im Januar 2001 im brasilianischen Porto Alegre stattfand. Sie sind der ideelle und der tatsächliche Ort, wo die Bewegung der Bewegungen sich bei aller Vielfalt und Widersprüchlichkeit als eine gemeinsame wahrnimmt. Für Attac sind sie auch der Ort, der es überhaupt erst ermöglicht hat, dass es reale Treffen der verschiedenen nationalen Gruppen gibt. Ansonsten entstanden sie unabhängig voneinander, meist im direkten Kontakt mit Attac Frankreich. Im Sinne klassischer Organisationsgrundsätze ist das ein Problem insofern, als es einer Vereinheitlichung von Attac hinderlich ist. Ich sehe es aber eher umgekehrt so, dass eine solche Vereinheitlichung gar nicht wünschenswert wäre. Eher zufällig sind etwa in Deutschland politische Strömungen oder Personen bei Attac, die z. B. in Italien oder Frankreich bei einer kommunistischen Partei oder in Lateinamerika in einer Bäuerinnenorganisation wären.

Diese Unbestimmtheit führt allerdings dazu, dass die Bewegung insgesamt, aber auch Attac selbst kaum über die Vagheiten der Gründungsära hinauskommt. Die Welt ist keine Ware und eine andere Welt ist möglich, das ist es dann auch schon.

## Globale Soziale Rechte

Diese Behauptung war eine notwendige, sinnvolle und befreiende Intervention in Zeiten des „Es gibt keine Alternative“. Aber irgendwann sind erste Aussagen dazu nötig, wie diese andere Welt denn aussehen sollte. Dabei fällt auf, dass Denk- und Kampfbewegungen der Jahre um die Jahrtausendwende weltweit eine gewisse Ähnlichkeit oder gar sozusagen eine Gerichtetheit aufweisen. Ihr nachzuspüren haben einige Autorinnen und Gruppen ab Mitte des Jahrzehnts unternommen und Attac gehörte dazu (zum Folgenden Klautke/Oehrlein, insbesondere die Beiträge von Blaschke, Künnemann, Rätz, Seibert).

Die Idee war, zu diesem Zweck probeweise den Begriff der Globalen Sozialen Rechte zum Ausgangspunkt zu nehmen. Dabei ging es nicht einfach nur darum, einen neuen Begriff zu finden, mit dem sich Forderungen bündeln und zusammenfassend beschreiben lassen. Vielmehr sollte ein Konzept Globaler Sozialer Rechte daraufhin überprüft werden, ob es dazu dienen kann, das Ganze der Bewegungen in den Blick zu nehmen. Es war uns bewusst, dass es damit um einen hohen Anspruch geht, weshalb der gesamte Weg und die einzelnen Schritte dieses Versuchs genau zu bedenken waren und es galt, vorsichtig zu gehen. Wer da allzu rasch und forsch vorwärtsschreite, schrieb ich 2007, werde zwar vielleicht irgendwo ankommen, werde aber kaum wissen können, welche Abzweigungen und versteckten Weggabelungen sie übersehen habe. Das gilt auch heute noch.

Im Epochenbruch von 1989/90 war die emanzipatorische Funktion der Leitbegriffe Sozialismus oder gar Kommunismus verlorengegangen, ob endgültig oder vorübergehend, kann offen bleiben. Ihre Funktion hatte ja genau darin bestanden, dass jede sich unter ihnen eine freie/befreite/gerechte Gesellschaft vorstellen konnte, dass diese Vorstellungen im Konkreten aber höchst vielfältig und oft inkompatibel waren. Dennoch war man als Sozialistin Teil eines großen Bewegungszusammenhangs menschlicher Emanzipation. Wenn ein Konzept Globaler Sozialer Rechte Ähnliches leisten soll, dann müsste es eine solche Vision formulierbar machen, dann

müssten einzelne Elemente dieser Vision benennbar werden.

Das geschieht teilweise in der tatsächlichen sozialen Bewegung auch schon durchaus, z. B. dort, wo es um die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geht. Dabei interessiert mich hier erst einmal der Begründungszusammenhang für diese Forderung, inhaltlich komme ich später darauf zurück. Diese Begründung ist nicht nur bei Attac vorrangig menschenrechtlich ausgerichtet, sondern ein ganzer Strang der aktuellen Debatte um soziale Sicherung, Standards und ein gutes Leben für alle speist sich aus einem solchen Verständnis und unterscheidet sich damit deutlich von sozialtechnokratischer Politik. Beispielhaft kann der Aufruf für die Konferenz „Lichter der Großstadt“ zitiert werden, die die Sozialpolitische Opposition in Hamburg 1999 durchführte: „Soziale Ansprüche, der Anspruch, ein menschenwürdiges Leben in dieser Gesellschaft leben zu wollen, mit vollständigen Teilhabemöglichkeiten, ist ein Recht! Ein Grund- und BürgerInnenrecht. Wir erbitten keine Almosen und keine großzügigen Gnadenakte. Wir stellen mit dieser Konferenz selbstverständliche Rechte fest und fordern sie selbstbewusst und energisch ein.“

Ein Konzept Globaler Sozialer Rechte müsste sich also einerseits mit dem Widerspruch abfinden, dass es den ganz großen Wurf wagen will und dazu nur ganz vorsichtig und tastend vorwärts kommt. Und es müsste sich zweitens am bisherigen Konzept und der bisherigen Debatte um die Menschenrechte abarbeiten. Ginge es über diese nicht hinaus, enthielte es nichts Neues. Zu diesem Zweck sind drei Ebenen der Menschenrechtskritik relevant, um daraus einen konstruktiven Bezug auf ein Konzept Globaler Sozialer Rechte zu entwickeln.

In den ideologischen, aber gerade auch in den militärischen Grabenkämpfen seit dem Epochenbruch 1989/90 ist es im westlich-kapitalistischen Diskurs üblich geworden, sich nicht nur positiv auf die Menschenrechte zu beziehen, sondern sie geradezu als Ureigenes zu reklamieren und als Waffe im Kampf gegen auch so rückständige, fundamentalistische, unzivilisierte Gegnerinnen einzusetzen. Die Kriege des siegreichen Kapitalismus wurden und werden im Namen der Menschenrechte geführt. Diese verkommen damit zu einer bloß formalen Legitimationsbasis für Machtinteressen, so dass nicht nur die Kritik dieser Instrumentalisierung unabdingbar ist, sondern es will auch dauerhaft bedacht werden, worin denn die Bedeutung von Menschenrechten selbst dann noch liegt, wenn ihre konkrete Ausgestaltung zu wünschen übrig lässt.

In einer so genannten „Erklärung der Menschenpflichten“ legten Helmut Schmidt und zahlreiche andere Ex- und damals Noch-Staatschefs 1997 dar, dass Rechte ohne Pflichten nicht ausgeübt und verwirklicht werden dürften, dass sie sonst zur Selbstsucht verkämen. Das nahm eine berechtigte Kritik an den Menschenrechten auf, nämlich dass sie, völlig individualistisch verstanden, nicht funktionieren. Schmidt verlangte Staat und Gemeinschaft als Orientierung ihrer Anwendung und höhnte damit jeden Begriff von unbedingten Rechten aus. Gerhard Schröder spitzte das in dem Diktum zu, es gebe keine Rechte ohne Pflichten. Die Absicht war durchsichtig und wir denken an Hartz IV. Dabei begründen Menschenrechte für ihre Trägerinnen systematisch keine Pflichten, sondern gelten bedingungslos. Sie begründen allerdings Ansprüche an den Staat und legen diesem Pflichten auf. Die Erklärung griff absichtsvoll durchaus berechtigte Kritik (Westorientierung, exzessiver Egoismus) auf, um genau das zu verdecken, was die unbestreitbaren Missstände tatsächlich begründet: Hinter den Menschenrechten steht der Schutz des Privateigentums.

Schon in der Zweiten Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution hieß es: „Diese Rechte sind Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Eigentum.“ Die Argumentation von Karl Marx hat die weitere linke Kritik der Menschenrechte geprägt (MEW 1, S. 364). Als reine Staatsbürgerrechte kämen Menschenrechte dem Individuum lediglich als „Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft“ zu, sie seien somit „Rechte des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen“. Die menschenrechtliche Freiheit werde dadurch beschränkt, dass sie niemand anderem schaden dürfe. „Es ist das *Recht* dieser Absonderung, das Recht des *beschränkten*, auf sich beschränkten Individuums. Die praktische Nutzenanwendung des Menschenrechts der Freiheit ist das Menschenrecht des *Privateigentums*... also das Recht, willkürlich, ohne Beziehung auf andere Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren, das Recht des Eigennutzes.“

Marxistische Kritik geht bis heute meist davon aus, dass Menschenrechte im Kapitalismus niemals

systematisch verwirklicht sein können, weil Staat und bürgerliche Gesellschaft, also die Ökonomie, getrennt nebeneinander bestehen. Das führt dann in der Praxis nicht selten zu einer Unterordnung des Rechts unter die Moral und damit zur Missachtung der individuellen Freiheit.

Dieser Gesichtspunkt aber war zentral bei der Entstehung der Menschenrechte, waren sie doch zuallererst Abwehrrechte, in der Regel gegen den Staat und mit dessen Hilfe gegen Nachbarinnen und Mitmenschen. In dieser Form geben sie ausdrücklich keinen Raum zur Entfaltung positiver Bedingungen für ihre eigene umfassende Verwirklichung. Wird dagegen genau dieser Raum eingefordert – und partiell auch besetzt – und Menschenrechte folglich als Entfaltungsrechte verstanden, dann öffnet sich ein Blick auf das Ganze der Gesellschaft und aus der Isolation des bürgerlichen Subjekts hinaus. So gesehen transportieren die Menschenrechte einen subversiven und emanzipatorischen Inhalt. Demgegenüber benennt die traditionell-linke Kritik die Defizite bürgerlicher Menschenrechtskonzepte sehr deutlich, kennt aber keine Praxis, die diese im Hier und Jetzt aufheben könnten. Kämpfe um tagespolitische Forderungen sind in diesem Verständnis zwar richtig und notwendig, können aber die tieferliegenden Strukturen des Kapitalismus nicht überwinden. Das geschieht erst mit und in der sozialistischen Revolution. Und deshalb sind und bleiben die Menschenrechte vor derselben defizitär – danach sind sie verwirklicht.

Nunmehr wird ein mögliches Konzept Globaler Sozialer Rechte erkennbar. Globale Soziale Rechte adressieren die Menschenrechte in ihrem utopischen Gehalt als Entfaltungsrechte. Dabei sind alle drei Begriffe ausdrücklich zu betonen und haben ihre eigene Bedeutung. Zum einen geht es um eine globale Sicht. Menschenrechte gelten universell und für alle. Da kann niemand außen vor gedacht werden, ohne die ganze Idee zu zerstören. Eine Beseitigung von Armut kann höchstens aus alltagspraktischen Gründen an einem Ort, in einem Land der Welt anfangen, bliebe sie dabei stehen, wäre das menschenrechtlich nicht zu rechtfertigen, ebensowenig wie die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Ungleichheit.

Um soziale Fragen geht es in einem Sinne, den die deutsche Sprache ein wenig verstellt. Hier ist nicht von klassischer Sozialpolitik die Rede, sondern von Gesellschaftlichkeit schlechthin. Es geht nicht um bloße Interessen einer armen und unterprivilegierten Klientel, sondern darum, insgesamt eine Gesellschaft zu denken, die aus anderen Quellen entsteht als dem faktischen Zwang zur Erwerbsarbeit zwecks Erzielung eines Einkommens. Eine solche Gesellschaft aus freier Übereinstimmung der in ihr Lebenden muss alle gemeinsam mitdenken und auch jede Einzelne. Daraus ergibt sich ebenfalls, dass Globale Soziale Rechte nicht auf Aspekte individuellen Mangels beschränkt sein können, sondern auch gesellschaftliche Fehlentwicklungen beachten müssen. In diesem Sinne schließen sie ökologische Fragen ebenso mit ein wie solche nach Bewegungsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit oder Demokratie.

Und schließlich geht es um Rechte. Die Teilhabe an der Gesellschaft und ihrem Reichtum soll einklagbar sein, sicher und durchsetzbar. Das meint nicht nur die Forderung nach rechtlicher Kodifizierung. Es wird ausdrücklich nicht auf ihre Einlösung verzichtet oder abgewartet, sondern es werden Praktiken entwickelt, mit denen jeweils aktuell den Menschen das schon zukommen kann, worauf sie ein Recht haben. Für solche Praktiken hat sich seit Jahren der Begriff der Aneignung herausgeschält. Dabei ist dieser Begriff so umfassend und vorsichtig zu gebrauchen wie der der Menschen- oder der Globalen Sozialen Rechte selbst. Eindeutige Bestimmungen, Definitionen des unbedingt Erforderlichen, des Wesens der Begriffe scheinen kaum möglich. Wer über Globale Soziale Rechte mitten in der absolut unsozialen kapitalistischen Globalisierung reden will, muss Brüche und Widersprüche von vorne herein mitdenken.

Ein politisches Konzept umfassender Gesellschaftlichkeit, wie es sowohl Menschen- als auch Globale Soziale Rechte sind, muss sich seiner eigenen Durchsetzungsbedingungen bewusst werden. Für die Menschenrechte scheint das bei aller hier notwendigen Verkürzung klar: Sie sind vom Staat zu fordern, vielleicht auch gegen den Staat zu erkämpfen, müssen aber schließlich vom Staat anerkannt, in Recht gegossen und garantiert werden. Das war am Anfang ein revolutionärer Akt. Die Forderung des englischen Adels nach einigen ersten Menschenrechten (im Wesentlichen den Schutz ihres Eigentums betreffend) nahm einen Akteur gedanklich vorweg, den es noch gar nicht gab und der erst aus der Interaktion ihrer Forderung und ihrer tatsächlichen Praxis (nämlich ihr

Eigentum auch selbsttätig zu schützen) mit den bestehenden Herrschaftsformen entstehen konnte, eben den modernen bürgerlichen Staat. So nimmt auch die Idee Globaler Sozialer Rechte eine Form gesellschaftlicher Regulierung und demokratischen Ausgleichs vorweg, die es zwar schon in Ansätzen, in ihrer umfassenden Ausformung aber noch gar nicht gibt. Nationalstaaten sind in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung keineswegs belanglos oder überflüssig geworden, aber sie sind auch bei weitem nicht mehr der einzige Akteur in der internationalen politischen Arena. Ein Konzept, das sich lediglich auf sie als Durchsetzungs- und Garantiebedingung bezieht, kann die modernen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr angemessen fassen. Längst sind weitere global player dazugekommen. Konzerne, internationale Organisationen, zivilgesellschaftliche Lobbynetzwerke und andere gestalten zusammen mit den Staaten die global governance. Ich schlage also vor, Globale Soziale Rechte als den Versuch zu betrachten, zukünftige soziale Verhältnisse schon heute als Ganzes zu denken, noch ehe die jetzt tatsächlich existenten praktisch in Frage gestellt werden können. Und denkbar werden sie erst in genau diesem praktischen In-Frage-Stellen, in den Aneignungspraxen, weil sie sich erst dort von den Menschenrechten unterscheiden, denen sie doch inhaltlich wie ein Ei dem anderen gleichen. Es ist, um nochmals diese Parallele zu benutzen, wie mit den frühen Bürgern. Auch schon ehe diese die Bühne der Geschichte betreten hatten Leute Eigentum und versuchten so gut es ging dieses zu beschützen, gegen die Nachbarn wie gegen den König. Aber erst in der Forderung nach (Menschen-)Rechten als einem System, das die gesamte Gesellschaft regulieren sollte, entstand daraus die Antizipation des modernen Staates. Ebenso existiert die Idee der Menschenrechte schon lange. Aber erst in ihrer Zusammenfassung als Konzept Globaler Sozialer Rechte und untrennbar verbunden mit Aneignungspraxen bietet sich die Chance, die Lücke zu schließen, „die der Ausfall der emanzipatorischen Leitbegriffe ‚Sozialismus‘ und/oder ‚Kommunismus‘ hinterlassen hat“ (Seibert).

## II. Der Fortschritt ist eine Schnecke

Die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts waren auch schon keine besonders gute Zeit gewesen. Die Arbeitslosigkeit brach in den kapitalistischen Ländern alle Rekorde, Atomraketen verbreiteten überall Angst, Reagan, Thatcher und wie sie alle hießen brachten der Linken eine Niederlage nach der anderen bei. Trotzdem erfasste plötzlich eine Welle der Euphorie viele auf dem bis dahin in zwei feindliche Blöcke geteilten Globus: *Glasnost* und *Perestroika*, Fall der Berliner Mauer. Die Menschen in den zusammengebrochenen autoritären Regimes in Südost- und Osteuropa freuten sich über neu gewonnene (Reise)Freiheit. Frieden und Demokratie schienen grenzenlos zu werden. Der mit ihnen identifizierte westliche Kapitalismus wurde von allen Fesseln befreit und versprach Wohlstand in globalem Maßstab. Alle bisherige Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, hatte Marx gesagt, und nun verkündete Francis Fukuyama unter dem Beifall der Welt das Ende d(ies)er Geschichte.

Die Geschichte der Widersprüche und Kämpfe schien tatsächlich stillzustehen. In Europa hatte die Linke dem Epochenbruch keine eigene Perspektive entgegenzusetzen, ihre Parteien und Großorganisationen zerfielen oder strukturierten sich um. Im Süden kehrten die Nationalen Befreiungsbewegungen ins politische System zurück, ohne dass die sozialen und gesellschaftlichen Probleme, die Anlass ihres Kampfes gewesen waren, gelöst worden wären. Stimmen, die darauf hinwiesen, dass die versprochene „Neue Weltordnung“ von Beginn an mit Krieg verbunden war, dass (großer) Reichtum für einige noch lange nicht (zumindest kleinen) Wohlstand für viele bedeuten müsse, dass zu den arm gemachten Ländern des Südens nunmehr auch die des Ostens hinzukämen, waren selten und leise und schienen irgendwie aus einer anderen Welt zu kommen. Bis Mitte der 90er Jahre in einer tatsächlich anderen Welt eine Stimme laut wurde, mit der niemand gerechnet hatte. Die USA, Mexiko und Kanada hatten 1994 den Reigen der weltweiten

Freihandelsabkommen mit der Nordamerikanischen Freihandelszone eröffnet und im Urwald im Süden Mexikos sagten die Maya-Indigenas laut und unüberhörbar: „Basta – es reicht!“ Eine solche Welt, die nach neoliberalen Einheitsmuster geformt ist, wollen wir nicht. „Eine andere Welt ist möglich, eine Welt, in der viele Welten Platz haben.“ Und plötzlich waren die Widersprüche wieder sichtbar. Keine Patentrezepte zu haben war kein Makel mehr, sondern wurde in seinen kreativen Möglichkeiten neu entdeckt: „Fragend schreiten wir voran“, lautete das Motto der mexikanischen Zapatistas. Die Geschichte war wieder da. (Exner et al.S.205f)

## Politik als Marke

Während die metropolitane Linke mehrheitlich in NRO-Pragmatismus und minoritär in Sektierertum verfiel, stellten sich die Zapatistinnen offensiv der Resignation entgegen. Sie taten das nicht irgendwann, sondern am 1. Januar 1994, dem Tag, an dem NAFTA, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, in Kraft trat. Viele konnten das damals gar nicht glauben. Die Medien, auch die linken, waren voll von Verwunderung, wie man so etwas heutzutage, mitten im Sieg des Kapitalismus, denn machen könne. Die hätten ja so was von gar keine Chance, waren sich viele sicher. Und die Zapatistinnen waren völlig unbescheiden, sie verlangten das Ganze: „Wir sind Mexikanerinnen! Wir sind Indigene! Nie mehr ein Mexiko ohne uns!“ Das sind Sätze aus ihren Verlautbarungen, deren erste mit dem Satz beginnt: „Heute sind wir hergekommen um zu sagen: 'Es reicht!'“ Dieses „Ya basta“ ist es, mit dem sie global Menschen elektrisierten. Das verstanden alle, das konnte man überall auf der Welt nachempfinden. Sie werden noch viele solche Formel (er)finden, die überall passen, so etwa die Rede vom „Neoliberalismus“, den sie als gemeinsamen Feind ausmachten.

An dieser „Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung“ war nichts so, wie es bei einer ordentlichen Guerilla sein sollte. Das beginnt schon beim Namen: Emiliano Zapata war einer der wichtigen Führer der mexikanischen Revolution, den seine eigenen Genossinnen hintergangen und ausgeschaltet hatten, um ihn anschließend zum nationalen Symbol zu erklären. Die indigene Guerilla machte ihn zu ihrem Namensgeber und nahm ihn so der (Staats-) „Partei der Institutionalisierten Revolution“ weg, ein erstes Aufleuchten von deren zukünftigen Niederlagen. Entgegen der Grundregel aller Guerillaaktivität, Kräfte zu schonen und dem Gegner Nadelstiche zu versetzen, statt sich ihm offen entgegenzustellen, trat sie an die Öffentlichkeit, indem sie mehrere Städte des Bundesstaates besetzte und ihre ganze (geringe) militärische Kraft präsentierte. Nach elf Tagen Krieg war sie militärisch geschlagen und hatte politisch gewonnen: Symphiebekundungen überall in der Welt, vor allem eine riesige Demonstration in Mexico-Stadt, veranlassten den Staatspräsidenten zur Ausrufung eines Waffenstillstandes.

Am meisten verwirrte die Tatsache, dass sie sich zwar „Armee“ nannten und militärisch auftraten, aber ausdrücklich betonten, sie wollten gar nicht die Macht übernehmen. Was sie wollten, sei vielmehr „Respekt“. Konkret verlangten sie überschaubare Elemente einer indigenen Autonomie. Die einzelnen Forderungen wären durchaus erfüllbar gewesen und in einem längeren Verhandlungszyklus entstand auch eine Vereinbarung, deren Inkrafttreten dann allerdings im Parlament von reaktionären Kräften hintertrieben wurde. Obwohl die Pose groß und allumfassend, der Widerspruch zwar poetisch, aber sehr grundsätzlich formuliert war, waren und sind sie bis heute erkennbar bemüht, auf dem Boden der Möglichkeiten zu bleiben: 1996, während sie zu einem ersten „Intergalaktischen Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus“ einluden, verhandelten sie gleichzeitig mit der Regierung das erwähnte Abkommen. Militärischen Konfrontationen gingen sie wo immer es geht aus dem Weg. Ihr Pragmatismus wird von traditionelleren Teilen nicht nur der mexikanischen Linken durchaus als Inkonsequenz oder gar Geschwätz kritisiert.

Es wird nie ganz klar, ob die EZLN mit Widersprüchen und Nichtidentitäten bewusst spielt oder ob sie gerade das Beste aus dem macht, was die Situation hergibt. Ihr (weißer) Chef nennt sich „Sub (also 'Unter') comandante“ und spricht von ihnen allen als Indigenen. Er verbirgt sein Gesicht unter

der Maske und macht gerade damit sichtbar, dass die ursprünglichen Landesbewohnerinnen bis heute unsichtbar gemacht werden. Die taz bezeichnete ihn einmal weniger als politischen Führer denn als ein Label, eine Marke, die für eine Form von Politik steht und nicht so sehr für bestimmte Inhalte, und verglich ihn insofern mit Attac (29.12.2003). Marcos selbst sagte über sich: „Wir kommen nicht, um euch darum zu bitten, uns zu vertrauen, schon gar nicht dem Mann, der sein Gesicht hinter einer Maske versteckt. Wir kommen, um euch einzuladen, dass ihr auf euch vertraut.“ Auch wenn es inzwischen Phasen gab, wo die EZLN sich weitgehend in ihre Ursprungsgebiete in Chiapas zurückgezogen hat, so bleibt ihre Politik im Wesentlichen auf dieses „Ihr“ angewiesen, auf ein Gegenüber, das auf sie schaut, seien es die Medien oder die mexikanische Gesellschaft oder auch die intergalaktische Linke.

## Attacke?

Der taz-Vergleich mag für uns schmeichelhaft sein, aber selbstverständlich löst Attac die darin steckenden Erwartungen nur sehr bedingt ein. Dennoch gibt es reichlich Ähnlichkeiten, obwohl von den an der Attac-Gründung in Deutschland beteiligten Personen so gut wie niemand in realem Zusammenhang mit den zapatistischen Ideen und Impulsen stand. Die erste und vielleicht auffälligste Parallele betrifft auch hier den Namen. „Attac“, das klingt nach „Attacke!“ und soll es auch. Da spielt die Sprache sicherlich eine Rolle, im Französischen klingt „attaque“ nicht gar so militärisch wie im Deutschen, es geht eher um entschlossenes Vorgehen als um bewaffneten Angriff. Das englische „attack“ steigert das Ganze dagegen noch einmal und es wird wohl kaum ein Zufall sein, wenn die oben erwähnten Stimmen, die Attac mit den politischen Gruppen identifizieren, „die bei Gipfeltreffen Randalen machen“, unseren Namen meistens englisch aussprechen. Dabei sind die Attacies nicht nur meistens friedlich, auch die Forderungen halten sich durchaus in einem bescheidenen Rahmen. Dass sie dennoch gelegentlich mit einer über sie selbst hinausgehenden Perspektive aufgeladen sind, kann sehr gut am Beispiel der Finanztransaktionssteuer gezeigt werden.

Der US-amerikanische Nobelpreisträger James Tobin hatte schon 1972 vorgeschlagen, auf alle Währungstausche eine einprozentige Steuer zu erheben, um die zunehmenden Schwankungen der Währungskurse zu verlangsamen. (Zum Folgenden Attac, S. 94 – 97) Er erwartete einen Rückgang der Devisengeschäfte, da diese meist auf Kursschwankungen von unter einem Prozent spekulierten. Der Vorschlag wurde nie verwirklicht, aber in den 90er Jahren griffen ihn NRO auf, um nach dem gleichen Prinzip auf verschiedenste Finanztransaktionen Einfluss zu nehmen. Die Grundidee ist bei allen unterschiedlichen Einzelheiten verschiedener Vorschläge immer die gleiche:

Finanzspekulationen setzen mit riesigen Summen auf sehr geringe Margen. Das wird unattraktiv, wenn die Transaktionskosten verteuert werden. Geht es dagegen um langfristige Investitionen, macht eine zusätzliche Gebühr von einigen Zehntelprozent nichts aus. Die Protagonistinnen erwarten deshalb einen Rückgang der reinen Spekulationsgeschäfte. Manche Vorschläge sind so ausgestaltet, dass sie auch Interventionsmöglichkeiten gegen Krisenerscheinungen enthalten sollen und damit den Nationalbanken zusätzliche Handlungsoptionen eröffnen würden.

Eine zweite Betrachtungsweise zielt nicht hauptsächlich auf die Steuerungswirkung der Abgabe, sondern auf ihr Finanzaufkommen. Das UN-Entwicklungsprogramm, das die Einführung einer Tobinsteuer befürwortet hat, ging schon um die Jahrtausendwende je nach Steuersatz von einem Volumen von 150 bis 300 Milliarden US-Dollar aus, während es die Ausgaben, um Armut und Umweltschäden zu beseitigen, auf 225 Milliarden bezifferte. Es gibt eine Reihe ausgearbeitete Anregungen, wie die Steuer zu wessen Gunsten zu erheben sei.

Allerdings übersehen beide Ansätze, dass ein systematischer Widerspruch zwischen ihnen besteht. Will ich eine möglichst klare Steuerungswirkung, also erreichen, dass sich die Finanzflüsse tatsächlich verringern, so muss die Abgabe so hoch sein, dass sie abschreckt. Dann sinkt der eingebrachte Betrag. Will ich einen möglichst hohen Betrag einnehmen, dann sollte die Steuer im Idealfall Finanzgeschäfte sogar stimulieren. Selbstverständlich gäbe es Möglichkeiten dazwischen,

die beide Ziele ins Auge fassen, so wie es bei vielen Verbrauchssteuern gehandhabt wird. Ein gewisses Steueraufkommen würde so sicherlich langfristig erzielbar sein. Dagegen erwarte ich keine nachhaltige Steuerungswirkung, da die Spekulantinnen nach Einführung einer solchen Abgabe dann eben auf die nächstkleineren Kursunterschiede setzen würden; wenn sie dafür die eingesetzte Geldmenge und den Hebel vergrößern, sind damit ebenso gute Geschäfte zu machen. Obwohl ich mir also von einer Tobinsteuer nicht sehr viel verspreche, halte ich die Forderung danach nicht für sinnlos. Das galt ganz besonders für die Zeit der Attac-Gründung. Ich habe oben die Atmosphäre von damals beschrieben, die von Schröders Basta bestimmt war, das mit dem zapatistischen nichts gemein hatte. Anhand der Forderung nach einer solchen Steuer konnte man zeigen, dass die Politik sehr wohl Möglichkeiten hätte, gegenüber der Wirtschaft zu agieren, wenn sie denn wollte. Es ging dabei nicht so sehr darum, ob einzelne Maßnahmen sehr viel oder eher wenig bringen würden, als darum, dass überhaupt Maßnahmen denkbar wären. Am Beispiel meiner Argumentation für die eher geringe Wirkung einer Tobinsteuer hieße das, dass man eben bestimmte Hebel verbieten muss, wenn die Steuer selbst nicht ausreicht, um Spekulation zu verhindern. Oder man könnte einige Formen von Kapitalsammelstellen untersagen, die erst so viel Geld einsammeln, dass die zur Spekulation nötigen Volumina erreicht werden. Oder man könnte die erzielten Gewinne unmittelbar als Einkommen betrachten und in vollem Umfang der Einkommensteuer unterwerfen. Die Kette kann fortgesetzt werden, es kommt nicht auf die Einzelmaßnahmen an, sondern darauf, dass man mit mehr oder weniger Tiefgang in den Prozess der Finanzmärkte eingreifen kann. Das lässt sich am Beispiel der Devisenumsatzsteuer sehr schön zeigen.

Tatsächlich gab es alle drei Positionen, die Regulierungs-, die Aufkommens- und die Beispielsargumentation, von Anfang an in Attac Deutschland, ohne dass wir das jemals ausdiskutiert oder auch nur wirklich darum gestritten hätten. An kaum einem anderen Punkt lässt sich so deutlich zeigen, wie die Zusammenarbeit funktionierte und weitgehend bis heute praktiziert wird. Die Verständigung wurde über konkrete, als realisierbar betrachtete Forderungen gesucht. Dahinter konnten verschiedene Begründungen existieren und taten es auch fast immer. Uns ging es, auch den Link(sradikal)en in Attac, darum, dass tatsächliche gesellschaftliche Auseinandersetzungen entstehen sollten, nicht um die weitergehenden Ideen und Überzeugungen, die unsere Mitstreiterinnen dahinter hegten. Natürlich war das nie völlig unumstritten, vor allem die Kolleginnen, die eine Geschichte in linker Organisation hatten, taten sich oft schwer mit einer solch pragmatischen Haltung. Aber in der Praxis hat dieser Gründungskonsens immer wieder gehalten.

In der Selbstverständniserklärung wird das folgendermaßen formuliert:

„Der Grundkonsens von Attac lautet:

- Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.
- Attac wirft die Frage nach wirtschaftlicher Macht und gerechter Verteilung auf.
- Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.
- Attac setzt sich in allen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit ein.

In diesem Korridor emanzipatorischen Politikverständnisses haben unterschiedliche Vorstellungen über Wege und Instrumente, wie dieser Konsens in praktische Politik umgesetzt werden kann, Platz. Das reicht von jenen, die sich für einzelne Aspekte der Attac-Programmatik (z.B. Entschuldung der Entwicklungsländer oder Einführung der Tobin-Tax) engagieren wollen, über jene, die für eine demokratische Regulierung und Zivilisierung der Globalisierung und einen radikalen Reformismus eintreten, bis hin zu jenen, die der Auffassung sind, dass das bestehende Wirtschaftssystem als solches in Frage zu stellen ist. Der Respekt dieses Pluralismus ist unabdingbare Geschäftsgrundlage von Attac. Die Erarbeitung konkreter Politik und praktischer Maßnahmen werden aus der Vielfalt heraus und in solidarischer Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen entwickelt.“

Diese Methode wirkt sich auch auf die Inhalte aus. Grundsätzlich beschäftigt sich Attac mit allen Phänomenen, die mit der Globalisierung zusammenhängen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass „Globalisierung“ selbst ein Containerbegriff ist: Man kann hineintun, was man will, es passt immer.

So machen wir das dann in der Praxis auch oft. Es gibt ein gewisses Maß an Übereinstimmung, dass die Finanzmärkte eine herausragende Rolle im heutigen Kapitalismus spielen. Hier entstehen die hohen Profite (die eigentlich nur Ansprüche sind, siehe das dritte Kapitel), an denen sich die übrigen Anlegerinnen orientieren. Damit geht von hier der Druck aus, der auf allen anderen Bereichen der Ökonomie lastet. Wie das dann konkret funktioniert, welcher Akteur in diesem Ablauf welche Rolle spielt, darüber gibt es höchst unterschiedliche Vorstellungen.

Trotz dieser auch im Selbstverständnis ausdrücklich festgehaltenen Übereinkunft, sich im Wesentlichen auf Phänomene der Globalisierung zu beschränken und bestehenden Bewegungen und Organisationen keine thematische Konkurrenz zu machen, gibt es eine Tendenz, die Themenfindung nach dem gleichen Prinzip zu machen: Wer kommt und sagt, das und das möchte ich gerne in Attac machen, wird eigentlich nie daran gehindert. Die immer wieder gehörte Formel heißt: „Wer macht, die (hat M)macht.“ Insofern sind die in der 2002 verabschiedeten Grundsatzserklärung aufgeführten Themenbereiche weder abschließend noch wirklich verbindlich. Es können sowohl neue dazukommen (und tun es auch), wie es auch geschehen kann, dass in einzelnen Punkten plötzlich Positionen auftauchen, die sich von denen bisher Aktiver deutlich unterscheiden. Nicht selten kommt es vor, dass sich in Attac Zusammenhänge bilden, die sich überhaupt gar nicht darum scheren, dass es Attac schon vorher gab und dass auch schon vorher Positionen und Konsense gebildet wurden. Dennoch gibt der Katalog eine Idee davon, was gemeinsam gehen könnte. Es werden dort genannt: Ablehnung von Krieg und Militarisierung, Tobinsteuer, Schließung der Steueroasen, höhere Steuern für Reiche, Entschuldung des Südens, andere Welthandelsordnung, andere internationale Institutionen, demokratisches und soziales Europa, öffentliche Daseinsvorsorge, solidarische Altersversorgung, Umverteilung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit, ökologische Landwirtschaft, Regulierung transnationaler Konzerne. Das sind keine revolutionären Forderungen. Wäre alles das, was Attac heute fordert, tatsächliche Politik etwa der Bundesregierung, so wäre es die Aufgabe der radikalen Linken, diese Politik scharf zu kritisieren. Aber, und das würde eine solche Situation von der heutigen unterscheiden, die Lebensbedingungen der Menschen wären entschieden andere. Wir wollen die Politik der Umverteilung von unten nach oben umkehren. Dieses Ziel teilen radikale Linke mit Reformerrinnen und bis dahin haben wir einen gemeinsamen Weg. Danach wird man sehen.

Es gibt Situationen, in denen es darauf ankommt, schnell, entschlossen und weit in eine Richtung voranzugehen. Aber eine solche existiert heute nicht und man kann sie nicht willkürlich herstellen. Um sie wahrnehmen zu können, ja um sie überhaupt nur zu bemerken, müssten wir entstehende Dynamiken erkennen und Teil von ihnen werden. Die Chancen dafür stehen bei all denen wirklich nicht gut, die immer schon vorher wissen, was richtig und falsch ist. Politische Dynamik ist ein Prozess, der widersprüchlich und höchst sprunghaft, im Konkreten fast immer "falsch" verläuft und dessen Charakter sich erst durch seine historische Richtung zeigt. Radikalität, praktische Veränderungsbereitschaft, entsteht in diesem Prozess, nicht außerhalb. Wer sich daneben stellt, mit dem Finger zeigt und "Pfui, Reformismus!" ruft, mag zwar recht haben, bleibt aber eben daneben und draußen aus diesem Prozess. Wer bestehende Dynamiken verachtet, springt immer und systematisch zu kurz, völlig egal, ob diese Dynamiken auf Tagesforderungen oder aufs Grundsätzliche gerichtet sind.

Die Dichotomie von „Reform“ und „Revolution“ ist eine Scheinalternative. Es ist die Richtung, die über die Qualität historischer Prozesse entscheidet, nicht die Radikalität des einzelnen Schritts.

## Richtungsforderungen

Außerhalb großer historischer Umbruchsituationen können sich soziale Kämpfe lediglich auf die begrenzte Verbesserung der realen Lage der Betroffenen/Kämpfenden richten oder, noch bescheidener, auf die Abwehr von Verschlechterungen. Schon seit geraumer Zeit befindet sich die Linke nicht nur in Deutschland in einer dieser traurigen Situation. Zwar ist die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus in den letzten Jahren, besonders in der Weltwirtschaftskrise,

punktuell aufgebrochen worden, in der praktischen Politik dominieren seine Konzepte aber nach wie vor. (Zum Folgenden Rätz/Seibert) Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass wir nicht in der Lage sind, an irgendeiner relevanten Stelle Realpolitik so zu verändern, dass für die Lebensverhältnisse der Menschen dadurch ein wesentlicher Unterschied erreicht wäre. Mehr noch: Wir schaffen es noch nicht einmal, auch nur die Richtung von tagtäglicher Realpolitik irgendwie korrigieren oder verändern zu können. Tatsächlich ist selbst die Erhaltung einer halbwegs umfassenden und wenigstens die unumgänglichen Notwendigkeiten deckenden Gesundheitsversorgung – die in diesem Land zumindest den Inhaberinnen seiner Personalausweise schon einmal zustand – mittlerweile geradeso realistisch oder unrealistisch wie die Durchkämpfung der sozialen Revolution.

Einer um ihre reale Handlungssohnmacht aufgeklärten Linken kann es folglich weder um tagespolitisch-reformistische noch um systemüberwindend-revolutionäre Interventionen gehen, sondern zunächst einmal nur darum, die beide Optionen versperrende neoliberale Hegemonie im Denken, in der öffentlichen Wahrnehmung und der öffentlichen Debatte in diesem Land zu brechen oder wenigstens zu schwächen. Das ist nach Lage der Dinge ein langfristiges Projekt, dessen Ziele man mit Sicherheit nicht erreichen wird, wenn man realitätsferne Utopien im schlechten Sinne entwirft und dem eigenen Kopf Bilder eines zu erreichenden Zustands oder eines zu verwirklichenden Ideals entnimmt, nach denen sich die Wirklichkeit dann sozusagen richten soll. Wer tatsächlich die gesellschaftliche Erklärungshegemonie erringen will, muss zwar von einer anderen Welt reden, doch muss dies eine Welt sein, die in der heute herrschenden als deren Möglichkeit schon gegeben ist, die in ihr als ihre eigene Chance angelegt ist. Von der anderen Welt, die möglich ist, muss sichtbar sein, wie sie aus der heutigen werden und wie sie von den Leuten, die sie erkämpfen müssen, zunächst einmal gewollt werden kann.

Eine solche Intervention gegen die neoliberale Hegemonie wird die Menschen und ihre Alltagserfahrungen ernst nehmen müssen. Es kann nicht angehen, ihnen als den staunenden Adressatinnen eines umfassenden Aufklärungsprojekts geradewegs zu erklären, wie und in welche Richtung man denn gesellschaftliche Entwicklungen eigentlich denken müsste. Schließlich sind es die Angesprochenen, durch die, mit denen und für die eine andere Welt möglich werden kann. Sie werden Vorschläge also an ihren unmittelbaren Bedürfnissen und Anliegen messen. Leider haben wir mit Kampagnen wie „Gesundheit ist keine Ware“ kaum erkennbar in die Realpolitik eingreifen können. Aber aktuell stehen Auseinandersetzungen um die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitssystems an und da könnten Vorstellungen von einer umfassenden Gesundheitsversorgung für alle nützliche Bezugspunkte sein. Vielleicht würden dann auch weitergehende Bedürfnisse wie etwa das nach der Abschaffung krankmachender Verhältnisse artikulierbar.

Wir wissen zwar, dass die politischen Entscheiderinnen auf unsere Meinung pfeifen, und wir wissen auch, dass es so, wie es „eigentlich“ sein müsste, erst werden kann, wenn die große Zahl der Leute sich von der Orientierung auf eine Markt- und Konkurrenzgesellschaft löst. Aber das befreit uns nicht aus dem Dilemma, dass das politische Eingreifen im Konkreten beginnen muss. Die vom Neoliberalismus an den Rand Gedrängten wollen hier und jetzt Antworten haben und brauchen tatsächlich kurzfristige Perspektiven, reale Hilfe. Wir können uns aus diesem konkreten Alltag nicht heraushalten. Wir können keine kurzfristigen Lösungen, ja nicht einmal umfassende sozialarbeiterische Hilfen versprechen. Es bleibt nur die produktive Annahme des Dilemmas selbst, seine Verwandlung in eine politische Produktivkraft: Können wir Forderungen entwickeln, die die grundsätzliche Richtung benennen, in die wir Gesellschaft bewegen und radikal verändern wollen, und die gleichzeitig Elemente liefern, um im Alltag Maßnahmen zu bestimmen, die die Lebensverhältnisse unmittelbar verbessern würden?

Attac hatte sich in seinem damaligen Schwerpunkt „Genug für alle“ auf einen generellen Grundsatz geeinigt, der drei solche Richtungsforderungen erkennbar werden lässt. Er lautet: Es gibt ein Recht auf ein gutes Leben für alle. Jeder Mensch hat, nur weil es ihn gibt, einfach aufgrund der bloßen Existenz, das Recht auf ein gutes Leben, auf ein Leben, das Teilhabe am materiellen Reichtum und am gesellschaftlichen Geschehen ermöglicht. Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit,

nicht durch Wohlverhalten, durch nichts. Das kann man durch Fehlverhalten nicht verlieren und gewinnt es nicht erst, wenn man irgendwelche Bedingungen erfüllt.

Ein gutes Leben für alle wird in allen modernen kapitalistischen Gesellschaften nur möglich, wenn Menschen über das dazu nötige Einkommen verfügen. Deshalb ist die erste Richtungsforderung die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle. Es muss ausreichend sein, um den Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einzulösen. Es wäre in einem breiten Diskussionsprozess näher zu bestimmen, wie Teilhabe sich genau buchstabiert, aber es geht dabei stets und zwingend um mehr als um das nackte Überleben. Opernbesuch, Internetzugang, Bücher und das Brot vom Biobäcker müssen selbstverständlich drin sein. Um ein solches Grundeinkommen für alle zu erreichen, können eine ganze Reihe von konkreten Schritten benannt werden, die von ausreichenden Regelsätzen der Grundsicherung, einer Mindestsicherung für Kinder und Alte über einen Mindestlohn für Erwerbsarbeit bis zur Gestaltung von umfassender sozialer Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe reichen.

Der Anspruch auf ein gutes Leben für alle kann niemals innergesellschaftlich bzw. nationalstaatlich realisiert werden. Das ist tatsächlich auch eine moralische Frage, denn es gibt kein Recht, den eigenen Wohlstand auf Kosten der Armut Dritter zu sichern. Entscheidender als die moralische ist allerdings die politische und ökonomische Dimension des Umstands, dass man das Armutsproblem national gar nicht lösen kann: Armut wird international produziert, entwickelt und ergibt sich aus der Tatsache, dass wir in einer kapitalistisch globalisierten Welt leben, deren Logik und Dynamik jeden national beschränkten Rahmen schon gesprengt hat. Zugleich und eben deshalb kann die Frage nach der Überwindung der Armut zureichend nicht vom Zentrum, sondern nur von der Peripherie her beantwortet werden. Als zweite Richtungsforderung ergibt sich damit die Notwendigkeit einer Umkehr der Ressourcen- und Stoffströme von Nord nach Süd. Ein Erlass der Schulden der arm gemachten Länder des Südens wäre ein erster Schritt und würde die Möglichkeiten der Menschen dort erheblich verändern, sinnvolle und erreichbare Kampfziele neu ins Auge zu fassen.

„Süden“ und „Norden“ sagen heute nichts Eindeutiges mehr über die geografische Verteilung von Reichtum und Armut. Es gibt Gewinnerinnen im geografischen Süden und Verliererinnen im geografischen Norden, auch wenn es meist umgekehrt ist. Deshalb kann ein Konzept von Richtungsforderungen die Welt nicht einfach in zwei Teile aufteilen, sondern muss den Blick wieder zurück zum Ausgangspunkt richten. Jeweils auch innergesellschaftlich muss das Armutsproblem von den Rändern, von der Peripherie her gedacht werden. Die Menschen überschreiten die Grenzen zwischen dem Süden und dem Norden, dem Osten und dem Westen unablässig und ganz real. Die Existenz der Migration kann trotz aller Abschottung der reichen Zentren nicht unterbunden werden; sie ist und bleibt die Bewegung, mit der Menschen beständig eine Verbesserung ihrer Lebenssituation suchen. Aufgrund ihrer Notlage eignen sich diese Menschen dazu, Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen aller anderen auszuüben. An den Illegalisierten wird ausprobiert, wie weit man die sozialen, die rechtlichen und die ökonomischen Standards noch absenken kann, um die Flexibilisierung und Mobilisierung von Arbeitskraft voranzutreiben. Die Lebensbedingungen der offiziell hier gar nicht vorhandenen Leute sind die, die tendenziell auch den anderen drohen: Diejenigen am unteren Ende der Gesellschaft sind deshalb nicht die Konkurrenz derer, die scheinbar noch knapp darüber liegen, sondern vielmehr jene, die da unbedingt raus müssen, wenn die anderen nicht ebenfalls dorthin geraten wollen. Wer die Illegalisierung nicht mitdenkt, akzeptiert damit eine Spaltung in der Gesellschaft, an der auch alle anderen Kämpfe immer wieder scheitern werden. Das Recht auf Rechte ist deshalb die dritte Richtungsforderung und zugleich die Voraussetzung aller weiteren Kämpfe. Auch hier gibt es neben der Richtungsforderung selbst eine ganze Reihe von weiteren konkreten Schritten, von der Sozialversicherung für osteuropäische Erntehelferinnen bis zum Recht aller, die hier sind, ihren Aufenthalt legalisieren zu können, wenn sie das wollen.

Was vom Recht auf Rechte gilt, gilt von jeder anderen Richtungsforderung auch: Sie ermöglicht eine ganze Reihe von kleinen und immer nächsten Schritten, ohne dass mit dem jeweils unternommenen die Gesamtforderung schon eingelöst wäre. Letztlich weisen Richtungsforderungen

in der Perspektive ihrer vollständigen Durchsetzung über diese Gesellschaft hinaus. Zugleich ermöglichen sie gemeinsame Kämpfe um jeweils aktuelle Maßnahmen, ohne dass deshalb jede Beteiligte so etwas wie Systemüberwindung auch nur wollen müsste. Richtungsforderungen kann es viele geben, die hier beschriebenen gehören eng zusammen und können nicht einzeln gedacht werden. Ihre wesentliche Klammer ist das Recht auf ein gutes Leben. Dies hat eine innergesellschaftliche, eine internationale und eine von dort her wieder in die eigene Gesellschaft zurück gewandte Dimension und kann zureichend nur von der Peripherie der gesellschaftlichen Zusammenhänge her gedacht werden. Ihre Bedeutung besteht neben dem, dass sie konkretes Handeln ermöglichen, in ihrer Fähigkeit, den Eigensinn scheinbar kleinerer Alltagsforderungen zu stärken und zu vertiefen, indem sie Perspektiven ihrer fortgesetzten Radikalisierung eröffnen.

### **III. Der Kapitalismus ist (noch nicht) am Ende**

Ich habe das Konzept der Richtungsforderungen als eine langfristige Strategie dargestellt, die darauf setzt, Hegemonie in der Deutung gesellschaftlicher Verhältnisse zu gewinnen und dabei nicht darauf verzichtet, tagespolitische Forderungen zu stellen. Das steht in einer gewissen Spannung zu der Einsicht, dass die Geschichte sozialer Kämpfe von plötzlichen Sprüngen markiert wird; als solche wurden der Untergang der DDR und die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung benannt. Solche Sprünge sind jederzeit möglich und es gilt, auf deren Plötzlichkeit vorbereitet zu sein. Ob sie in unserem Sinne nutzbar werden, wenn sie eintreten, ist ja nicht im Vorhinein ausgemacht. Sie können auch nicht willentlich herbeigeführt oder absichtsvoll beschleunigt werden. Aber es lohnt sich, danach Ausschau zu halten, wo Risse und Brüche sind, die sich im beschriebenen Sinne verbreitern könnten.

Und da schien es ab Herbst 2008 so, als ob ein solcher Sprung unmittelbar bevorstände. Schon seit dem Sommer 2007 hatte es in den USA große Probleme im Immobilienmarkt gegeben; „subprime“ oder Hypothekenkrise war das Wort dafür gewesen. Es ging darum, dass die US-Notenbank aus dem Zusammenbruch des Aktienmarktes zu Beginn des Jahrzehnts unter anderem die Konsequenz gezogen hatte, mit niedrigsten Zinsen gezielt den Immobilienmarkt zu stimulieren (s. Zeise). Das führte dazu, dass Hauskredite nach und nach in großer Zahl faul wurden, weil die Schuldnerinnen zahlungsunfähig waren. Gleichzeitig hatten Banken und andere Kapitalsammelstellen mit der Technik der Verbriefung dafür gesorgt, dass die nicht eintreibbaren Kredite in den verschiedensten Finanzpapieren über den gesamten Globus verteilt worden waren. Nach einem Jahr sich verstärkender Schwierigkeiten kollabierten immer mehr Geldinstitute, im September 2008 mit Lehman Brothers ein großes, von dem es hieß es sei systemrelevant.

Dieses bis dahin unbekannte Wort, war nach wenigen Tagen allen ein Begriff: Da ist eine Bank, die ist so groß, dass ihr Zusammenbruch zu einem Kollaps des gesamten Systems führen könnte; deshalb müssen die Steuerzahlerinnen ihre Schulden bezahlen und nicht sie selbst. Vor allem in Europa, vielleicht ganz besonders in Deutschland, hatten die Regierungen eine Heidenangst vor dem Verlust des Vertrauens ins Geldsystem. Schließlich ist Geld im modernen Kapitalismus anders als zu Zeiten des Goldstandards keine eigenständige Ware mehr. Es verfügt selbst über keinen Wert; dass wir etwas dafür kaufen können, liegt ausschließlich an der Tatsache, dass wir glauben, dass das geht. Wenn die Menschen das erst mal nicht mehr annehmen, wenn sie ihr Geld von der Bank abheben und für sich behalten, dann würde sich sehr rasch zeigen, dass das, was wir in der Tasche tragen, lediglich bedrucktes Papier und gestanztes Blech ist. Nachdem es in England nach dem Zusammenbruch von zwei Banken einen ersten Ansturm auf die Bankschalter gegeben hatte, entschloss sich die deutsche Regierung, die eigenen Banken, allen voran die Hypo Real Estate, um wortwörtlich jeden Preis zu retten.

Die Institute riefen selbst nach Staatshilfe, von Marktversagen war die Rede und von Verstaatlichungen. Die Fassungslosigkeit war ebenso groß wie die Kritik an Gier und Maßlosigkeit

der Finanzspekulation und so manche Kommentatorin erwähnte, dass Attac das doch schon immer gewusst und vorhergesagt habe. Auch viele Attacies selbst meinten, nunmehr hätte sich gezeigt, dass der Neoliberalismus am Ende sei, dass unsere Rezepte richtig waren und dass es unsere Aufgabe sei, der Politik dabei zu helfen, das nun alles richtig zu regulieren. Mir scheint das wenig gerechtfertigt. Zwar reagierten die Regierungen rasch und oft auch koordiniert auf die Krise und unterschieden sich damit tatsächlich vom Krisenmanagement in der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Aber damals gab es etwa mit dem New Deal kräftige Reformschritte innerhalb des Kapitalismus hin zu einem selbsttragenden ökonomischen Aufschwung. Heute ist von derartigen Versuchen nichts sichtbar – allerdings wäre auch nicht zu erkennen, worin sie genau bestehen sollten, und so ist es naheliegend, dass die Eliten versuchen, das Kasino am Laufen zu halten.

### Nicht Regulierungs-, sondern Systemkrise

Die illusionäre Annahme, dass die Regierungseliten sich zu substanziellen Veränderungen herausgefordert fühlen könnten, hat etwas mit dem Verkennen des Charakters der Krise zu tun. Die ist selbstverständlich auch eine klassische Krise des Kapitalismus. Überakkumulation gehört zu seinem Funktionieren und ist auch empirisch ganz offensichtlich. Gleichzeitig ist die Krise eine Verwertungskrise und auch in diesem Sinne klassisch. Es gibt schlicht zu viel Kapital, als dass es alles zur Durchschnittsprofitrate investierbar wäre. Ebenfalls zutreffend sind alle Hinweise auf das Zusammenfallen verschiedener Einzelkrisen: Die Zahl der Hungernden steigt, obwohl für alle genügend Nahrung vorhanden ist. Die Klima- und Umweltkrise verschärft sich nicht zuletzt durch die Rettung der Autokonzerne, statt die Krise zu nützen, um endlich zu umweltfreundlichen Konversionen der Produktion und der Reduzierung von Stoff- und Energieverbrauch in großem Maßstab überzugehen. Die soziale und materielle Krise in den Lebensverhältnissen der Menschen und der ebenso aggressive wie sinnlose „Krieg gegen den Terror“ sind jetzt schon für Millionen auf dem Globus tödlich. Schließlich ist die Krise der Demokratie und der politischen Repräsentanz unübersehbar. Ein solches Zusammentreffen führt per se schon zu gewaltigen, kaum beherrschbaren Auswirkungen; dass manche dieser Krisen auch noch besonders schwer sind, verstärkt das nochmals.

Aber darüber hinaus handelt es sich um eine systemische Krise des Kapitalismus, die deutlich macht, dass es objektive Grenzen der Kapitalakkumulation gibt. Das hat etwas damit zu tun, dass im Kapitalismus der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vorliegt, einmal als konkretes, nützliches Produkt, das gebraucht werden kann und Bedürfnisse befriedigt, und einmal als rein quantitativer Geldbetrag. Die konkreten Dinge können zwar mehr werden, ihr Anzahl kann wachsen, aber sie ist immer eine endliche Menge. Als Geldbetrag kann der Reichtum scheinbar unendlich vermehrt werden, da scheint er sich zu verhalten wie eine Zahlenreihe, die nie ein Ende findet. Die Entwicklung dieser beiden Formen des gesellschaftlichen Reichtums steht in einem Widerspruch, der seit Jahrzehnten immer größere Verwerfungen auslöst. So stand im Jahr 2006, dem letzten vor Ausbruch der Krise, einem weltweiten Bruttosozialprodukt von 48,3 Billionen US-Dollar ein Finanzvermögen von 167 Billionen gegenüber. Fünfundzwanzig Jahre vorher hatte das Verhältnis der beiden Größen zueinander noch ungefähr eins zu eins betragen. Dabei war schon im Ölpreisschock von 1973 das erste große Symptom der aktuellen Krise sichtbar geworden. Die ölproduzierenden Länder hatten durch die Preiserhöhung sehr viel Geld zur Verfügung und suchten profitable Anlage dafür. Der Schah von Persien etwa wollte damals ein hohe Summe bei Krupp investieren und hatte Mühe, sein Geld loszuwerden. Schließlich konnte er zweimal 300 Mio. Ecu unterbringen, etwa 1 ¼ Mrd. DM. Damit war das wirklich dringende und drängende Problem offenbar: Wohin mit dem vielen Geld der großen Vermögensbesitzerinnen? Die ganze Geschichte des Neoliberalismus ist von da an die Geschichte der Beantwortung dieser Frage. Die damals gefundenen Antworten prägen bis heute die Struktur der Weltwirtschaft.

Kapitalismus besteht im Kern darin, dass jemand Geld in ein Geschäft steckt und es nach Abschluss des Ganzen als mehr Geld zurückerhält. Dieses Mehr ist das treibende, wenn nicht das einzige

Motiv für wirtschaftliches Handeln im Kapitalismus. Damit es gelingt, sind bestimmte Voraussetzungen nötig. Mit Karl Marx (MEW 24) und Rosa Luxemburg ist festzustellen, dass ein Mehr-Werden des Kapitals nur möglich ist, wenn die Instrumente, also die Produktionsmittel, mit denen in der nächsten Produktionsperiode das Wachstum realisiert werden soll, schon in der laufenden Periode hergestellt werden. Damit steht denen aber erst einmal keine Nachfrage gegenüber. Diese Nachfrage entsteht erst im kommenden Produktionszyklus – wenn der ganze Prozess gelingt. Gelingt er nicht, sitzen die kapitalistischen Produzenten auf ihren Produkten. Das ist ein systemischer Prozess, der wesentlich an der regelmäßigen Wiederkehr von Krisen im Kapitalismus beteiligt ist. Er ist prinzipiell auflösbar, indem Kapital vernichtet oder indem neue Nachfrage geschaffen wird.

In den 60er, 70er Jahren wird der Überhang an akkumuliertem Kapital so groß, dass weder Vernichtung noch künstlich geschaffene Nachfrage mehr ausreichen, ihn profitabel unterzubringen. Damit hatte das Kapital seine spezielle Funktion verloren, es trägt keinen Profit mehr und ist zum bloßen Geld, zum reinen Schatz geworden. Und das ist der kapitalistische GAU. Dafür müssen Lösungen her. Sie wurden in den siebziger Jahren in verschiedene Richtungen gesucht, die dauerhaft erfolgreichsten bestanden darin, das überschüssige Geld in fiktives Kapital zu verwandeln.

Kapital wird mehr, wenn mit seiner Ausgabe ein Produktionsprozess in Gang gesetzt wird, der neue Werte herstellt, und wenn die dann auch tatsächlich verkauft werden können. Fiktives Kapital ist solches, das mehr werden soll, ohne zwischendurch den Weg durch die Produktion von Waren zu gehen, das heißt, man leiht sein Geld einer Anderen, die es mit Zinsen zurückzahlen muss, ohne dass sie diese Zinsen durch die Schaffung von neuem Wert verdienen könnte. Als Kreditnehmerinnen traten damals erst einmal die Regierungen des Südens auf. Dafür gab es verschiedene Gründe. Einige Länder waren mitten in einem Aufbau industrieller Kapazitäten, viele überschätzten ihre Möglichkeiten dabei. Infrastrukturprojekte, aber sicher auch manches Prestigeobjekt, erhöhten den Kapitalbedarf. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte der Umstand, dass auf Grund des gewaltigen Kapitalüberhangs die Zinsen sich auf einem historischen Tiefpunkt befanden. Ohnehin neigten Regierungen und Wirtschaftswissenschaft Anfang der 70er Jahre dazu, die ökonomische Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit für unendlich zu halten. Das Entwicklungsversprechen war noch völlig unhinterfragt, es galt als ausgemacht, dass die vereinten Anstrengungen der Industrie- und der Entwicklungsländer den „Rückstand“ der letzteren rasch aufholen würden. Warum sollten da ein paar Staatsschulden ein Problem darstellen?

Aber die Wachstumsprobleme in den kapitalistischen Kernländern erwiesen sich als gravierender als gedacht, Staatsschulden wurden immer kritischer gesehen, die neoliberale Ideologie begann ihren Siegeszug. Im Januar 1981 trat Ronald Reagan sein Amt als Präsident der USA an und änderte deren Wirtschaftspolitik radikal. Im Zentrum stand ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm, das mit Schulden finanziert wurde. Das änderte die Lage auf den Kreditmärkten drastisch und innerhalb kürzester Zeit. Die USA zahlten Phantasiezinsen, die Raten stiegen um bis zum Zehnfachen. Da fast alle Kredite der südlichen Länder zu Marktpreisen verzinst waren, standen sie plötzlich vor astronomischen Forderungen. Dazu kam das Sinken der Rohstoffpreise und einige andere Faktoren – 1982 war Mexiko pleite, die erste Schuldenkrise war perfekt. Seither wurde das Schuldenregime zu einer nie endenden Spirale dauernder Abhängigkeit ausgebaut. Hier zeigt sich, was es bedeutet, wenn keine neuen Werte, keine realen Waren produziert werden und damit lediglich Finanzansprüche wachsen. Wenn aus diesen Ansprüchen wirklicher Reichtum entstehen soll, dann muss ihn jemand bezahlen. Und das waren und sind seit den 80er Jahren eben die Länder des Südens, die ihre Schulden zwar in dreifacher Höhe zurückgezahlt haben, die aber dennoch heute doppelt so hoch verschuldet sind wie damals.

Zweitens wurden seit Beginn der 70er Jahre auf den Finanzmärkten immer mehr Anlagemöglichkeiten geschaffen, die lediglich durch nichts gedeckte monetäre Ansprüche generierten. Wenn aus diesen Ansprüchen reale Reichtumsflüsse werden sollen, dann muss jemand sie bezahlen. Das geschieht durchaus, die Staaten verschulden sich dabei und auch Private spielen eine Rolle, wie die Hypothekenkrise in den USA deutlich macht. Sogenanntes Real- und

Finanzkapital sind keine getrennten Sektoren; auf den Finanzmärkten gewonnene Gelder werden zu produktiven Investitionen und umgekehrt. Für die Staatsverschuldung allerdings müssen letztlich die Menschen geradestehen, der Abbau des Sozialen, der Ausverkauf der öffentlichen Güter, die Zerstörung der Infrastruktur, die Senkung der Löhne, die Entwertung der osteuropäischen Industrie in den 90er Jahren sprechen eine beredte Sprache.

Dieser Prozess – überschüssige Produktion, der keine Nachfrage gegenübersteht, und durch Schulden finanzierte Generierung von Ansprüchen – ist systematisch in der Struktur des Kapitalismus angelegt und deshalb ist es Unsinn, von so etwas wie einer eigentlichen Funktion der Finanzmärkte zu sprechen, wie es in Attac oft geschieht. Dennoch hat sich etwas geändert. In Zeiten keynesianischer Regulierung stellten die Finanzmärkte im Wesentlichen Kredite für die Produktion zur Verfügung. Heute werden hier die Profitraten vorgegeben, die jedes Kapital versucht zu erzielen und die damit die so genannte Realwirtschaft prägen. Die auf den Finanzmärkten zirkulierenden Summen sind in dieser Realwirtschaft entstanden und ihre Vernichtung betrifft auch diese. Die Geschichte des modernen Finanzkapitalismus oder wenn man so will des Neoliberalismus ist die Geschichte davon, wie der Ausbruch der Krise von Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre bis heute verschoben wurde. Das mag noch einmal für ein paar Jahre gelingen oder es kann auch schon dieses Mal das ganze Gebäude zusammenstürzen, vermeidbar ist der Zusammensturz nicht.

Das wissen auch die neoliberalen Reguliererinnen. Sie stehen heute ebenso fassungslos vor dem Versagen ihres Regulationsmodells wie damals die Keynesianerinnen vor dem des ihren und wer heute nicht stur „weiter so“ oder geschichtsblind „zurück zu Keynes“ ruft, empfiehlt durchwurschteln. Das aber geht nicht mehr. Tiefere, genauere Fragen sind angesagt, viel weiter gehende Brüche müssen angefasst werden. Attac muss und kann keine linksradikale Organisation werden, aber auch wir müssten Konsequenzen daraus ziehen, dass der Kapitalismus ein zutiefst krisenhaftes System ist, das nicht dauerhaft beherrschbar und regulierbar ist.

Es gibt seitens der Eliten erkennbar keine Idee, wie die enorme Hypothek auf die Zukunft, die mit all den Rettungspaketen aufgenommen worden ist, beglichen werden soll. Nach wie vor gelten die neoliberalen Rezepte von sparen und umverteilen von unten nach oben. Nur in Sonntagsreden taucht die Vorstellung eines umfassenden ökologischen Investitions- und Umbauprogramms auf, das an Erfahrungen der 30er-Jahre-Krise anknüpfen könnte. Dabei war es schon damals nicht vorrangig die (durchaus wichtige) Schaffung von Arbeitsplätzen durch den New Deal, die die Krisendynamik gebrochen hat, sondern zuerst der zweite Weltkrieg und dann die Umstellung der Weltwirtschaft auf neue langlebige Massenkonsumgüter, also Autos, Kühlschränke, Fernseher, Waschmaschinen. Deutlich gestiegene Löhne machten die einstigen Luxusprodukte für Reiche nunmehr für alle erschwinglich. Die vertiefte Arbeitsteilung in den Großfabriken erlaubte eine kostengünstigere Produktion. Dennoch war der neu geschaffene Markt größer als der Rationalisierungseffekt, so dass im Ergebnis mehr Beschäftigte gebraucht wurden als vorher. Ein solcher Effekt ist heute nirgendwo absehbar, im Gegenteil, die Masseneinkommen werden radikal gesenkt. Aber selbst wenn ein neues, selbsttragendes Wachstum des kapitalistischen Systems ökonomisch möglich wäre, dann wäre es angesichts von peak oil, Klimakatastrophe und Agrarexportmodell der industrialisierten Landwirtschaft nichts, was wir wollen könnten. Die Ökologiefrage erzwingt Lösungen außerhalb der Wachstumsdynamik.

Die Bemühungen aller Regierungen weltweit laufen auf die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Systems hinaus. Dabei soll der Staat eine entscheidende Rolle spielen, indem er Profite nicht nur sichert, sondern ihre Bezahlung direkt organisiert. Ein solches System kann letztlich nur gewaltsam funktionieren, Weltordnungskrieg ist sein integraler Bestandteil. Deshalb ist antimilitaristische Aufmerksamkeit auch dann angesagt, wenn augenblicklich kein Teil der weltweiten Elite den ganz großen Krieg als Krisenlösung darstellt. Attac hat sich in seinem Selbstverständnis zwar als Teil der Friedensbewegung aufgestellt, aber es fehlt ihm ein Begriff von der systemischen Funktion des Krieges sowohl für die umfassende Kapitalvernichtung als auch für die Aufrechterhaltung der alltäglichen Ordnung. Verpolizeilichung und Privatisierung des Krieges, Unterordnung der zivilen Hilfe unter die Regie und Bedürfnisse des Militärs, langfristige Besetzung und Verwandlung in Protektorate sind Entwicklungen, wie sie in Teilen des ehemaligen

Jugoslawien, im Irak oder in Afghanistan deutlich erkennbar sind. Die Kämpfe der Menschen gegen dieses destruktive System folgen oft diesem destruktiven Muster und verlieren ihrerseits jeden emanzipatorischen Gehalt.

Wir kommen also gar nicht an einer ernsthaften Diskussion darüber vorbei, wie wir leben und arbeiten wollen. Eine grundsätzliche gesellschaftliche Entscheidung zwischen abstrakter Wertverwertung und bedarfsorientierter Ökonomie wäre überfällig. Attac hat im Einzelnen sehr vieles dazu gesagt, weigert sich aber beharrlich, daraus umfassende Konsequenzen zu ziehen. Kaum jemand in Attac würde bestreiten, dass es im globalen Markt, im quantitativen Wachstum, im Weltordnungskrieg, in der Standort- und persönlichen Konkurrenz keine Zukunft gibt. Und dennoch würde ebenfalls kaum jemand daraus folgern, dass man den Kapitalismus besser heute als morgen abschaffen sollte.

### Auch Defizite haben ihre Stärken

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass Attac in seinen Reihen Menschen mit sehr unterschiedlichen Weltanschauungen und Politikverständnissen vereint. Es war uns immer klar, dass dies nur so lange möglich ist, wie jedes dieser Selbstverständnisse für sich genommen gesellschaftlich nicht durchsetzungsfähig ist. Wenn man überzeugt ist, dass der Neoliberalismus zerbrochen ist und von den Eliten ernsthafte Angebote zur Mitgestaltung an die bisherigen Gegeneliten ausgehen, dann wird der antineoliberale Konsens, die Gemeinsamkeit der Bewegung der Bewegungen, nicht mehr tragen (s. Interview Seibert in ak 547). Die Alternative wäre, als Bewegung selbst ein gemeinsames neues Selbstverständnis zu entwickeln, aber der Versuch, den Konsens positiv im Konzept Globaler Sozialer Rechte zu verorten, ist noch nicht abgeschlossen und kann die alte antineoliberale Vereinbarung insofern nicht ersetzen. Zu diesem Konsens hatte irgendwie auch gehört, sich fern von Staat und Parteien zu halten.

Ganz konsequent war das nie, waren in den letzten 15 Jahren doch Parteien entstanden, deren politische Dynamik ebenso wie ihre Protagonistinnen aus der Bewegung kamen. Und es gab nicht nur bei Veranstaltungen immer wieder die Frage „Warum kann man Attac nicht wählen?“, sondern es ist ja auch ein reales Problem, wenn man zwar alltagspraktische Forderungen stellt, aber gleichzeitig keine Konstellation angeben kann, unter der sie in Realpolitik umsetzbar wären. „Wie bleiben Sie eigentlich ein optimistischer Mensch?“, ist dann in der Regel die nächste Frage und ich spreche von der Hoffnung auf Beschleunigung der Geschichte. Das ist nicht immer überzeugend, verschiebt es doch tendenziell die Einlösung unserer Tagesforderungen auf eine Situation, in der schon sehr weitgehende Zuspitzungen stattgefunden haben. Die Frage der Vermittlung von Visionen und Tagespolitik, von Radikalität und Hoffnungslosigkeit oder wenn man so will auch von reformistischem und revolutionärem Selbstverständnis ist nicht damit gelöst, dass man mit dem Konzept der Richtungsforderungen grundsätzlich einen Weg gefunden hat, damit umzugehen. Sie muss immer wieder gestellt und in der täglichen Politik beantwortet werden.

Diese Antworten können nur halbwegs tragfähig sein, wenn sie alle denkbaren Möglichkeiten einschließen. Deshalb ist es notwendig, dass Mitstreiterinnen Parteien aufbauen, dass Einzelne sich den Eliten als Politikberaterinnen anbieten, dass NRO existieren, die bestenfalls einen Reparaturbetrieb mittlerer Reichweite anstreben. Es könnte ja sein, dass es genau das ist, was heute geht, auch wenn ich das für falsch halte, und wie sollte man das herausfinden außer durch den Versuch? Deshalb ist es aber auch eine wichtige Bereicherung und Vervollständigung des politischen Spektrums, wenn auf der Seite der radikalen Linken neue Akteure aufgetreten sind. Das betrifft vor allem die Interventionistische Linke (il), an deren ebenfalls seit 1999 betriebenen Aufbau sich auch Personen (unter anderem auch ich) beteiligt haben, die in die Attac-Gründung involviert waren.

Die oben angesprochenen Fragen müssen offengehalten werden, wenn die Linke nicht wieder in das altbekannte Avantgardekonzept verfallen will. Im Epochenbruch 1989/90 und den nachfolgenden Entwicklungen war endgültig deutlich geworden, dass sich die drei großen historischen Wege zur

Befreiung nicht bewährt hatten. Wenn die Erfolglosigkeit jeder linken und linksradikalen Praxis – gemessen am revolutionären Ziel – so offensichtlich ist, dann hat man nicht nur Pech gehabt oder die Gegnerin war gerade mal stärker oder es ist sonst etwas nicht so ganz Grundlegendes passiert, sondern dann müssen die Akteurinnen auch subjektiv etwas falsch gemacht haben. Und diese Fehler liegen nicht vorrangig darin, dass wir noch nicht gut genug hingeschaut, nicht genau genug analysiert, nicht lange genug nachgedacht und miteinander diskutiert haben – das alles haben wir tatsächlich zu wenig getan. Aber der zentrale Punkt ist, dass sich komplexe Verhältnisse systematisch gar nicht von einem einzigen Standpunkt aus völlig verstehen und erkennen lassen. Wir sind auf die Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen und Standpunkte geradezu angewiesen, um uns der Vielschichtigkeit der Wirklichkeit nähern zu können. Die emanzipatorische Bewegung muss sich selbst als vielfältige und widersprüchliche ausdrücklich wollen. Unsere Unterschiedlichkeit, das Verfolgen verschiedener Konzepte ist kein Mangel, den es zu überwinden gilt, sondern die Voraussetzung dazu, dass wir uns praktisch an die Möglichkeiten erfolgreicher Politik herantasten können.

Der Zweck des politischen Agierens, der Intervention in die gesellschaftlichen Verhältnisse, besteht ja nicht darin, zu zeigen, dass wir alles richtig begreifen und Recht haben, sondern darin, die eigenen und die Widersprüche Anderer bemerken und ausdrücken können. Das kann in der Aktion geschehen, indem Handlungsmöglichkeiten sichtbar werden, um die Verhältnisse in Frage zu stellen oder anzugreifen. So ist das beispielhaft, ja eigentlich sogar vorbildlich mit dem Blockadekonzept zum G8 in Heiligendamm 2007 gelungen. Es hat sehr vielen ermöglicht, mitzumachen und Formen zu finden, um die eigenen Anliegen und Absichten auszudrücken, und hat in der Folge, etwa beim Antiislamkongress 2008 in Köln, beim Natogipfel 2009 in Straßburg, beim Naziaufmarsch 2010 in Dresden, seine produktive Wirkung gezeigt. Das kann aber auch durch das Setzen von Diskursen geschehen, wie es beispielsweise gerade mit der Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen der Fall ist. Das war mal ein linker Diskurs, er ist es aktuell nicht mehr, aber dennoch ist das ein zentraler Punkt, an dem die gesamte Funktionslogik des globalisierten Kapitalismus in Frage gestellt wird. Die besagt ja, dass aller Mehrwert in Kapital und neue (Finanz)Investitionen zu verwandeln sei. Wenn da immer mehr Menschen daher kommen und sagen, nein, ich will einen Anteil von diesem Reichtum haben, und zwar einen nicht ganz so kleinen, dann stört das die Abläufe. Ob es sie auch tatsächlich verändert, ist damit natürlich noch nicht gesagt, und es ist nötig und richtig, dass die Linke – z. B. mit der Idee der Globalen Sozialen Rechte – sich in diese Debatte einmisch.

Die innere Demokratie von Attac und ihre Radikalität.

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 war sowohl bei Attac als auch bei der il sehr früh geplant worden; auch eine gewisse Zahl von NRO hatte über ein Jahr vor dem Ereignis mit eigenen Überlegungen begonnen. Es gab also gute Chancen, rechtzeitig miteinander zu reden und Konzepte abzustimmen. Tatsächlich war das dann doch erheblich komplizierter. Die Aktionsideen waren so vielfältig wie die politischen Interessen. Für viele Beteiligte war Attac die Organisation, mit der sie von ihrem jeweiligen Standpunkt aus gerade noch so reden konnten oder die für sie teilweise schon jenseits der Grenze ihres politischen Bezugssystems lag. Die Vorstellung, darüber hinaus mit Akteuren des eher „rechten“ oder „linken“ Flügels unmittelbar zu agieren, war vielen undenkbar. Manche NRO waren noch so sehr auf die rot-grüne Orientierung festgelegt, dass sie mit der PDS nicht einmal in einem Sitzungsprotokoll gemeinsam auftauchen wollten. Die Aktionsorientierungen – Großdemonstration, Gegegenipfel, Blockade – lagen zwar auf den Hand, waren aber ebenfalls hart umstritten.

Es ist hier nicht so sehr bedeutsam, wie diese Hindernisse im Einzelnen ausgeräumt werden konnten. Worauf es ankommt, ist aber, dass sowohl Attac wie die il wie auch einige NRO (und mit Greenpeace und dem Netzwerk Friedenskooperative zwei besonders wichtige) von Anfang an entschlossen waren, dieses Problem anzugehen und ein weitgehend gemeinsames Agieren wollten.

Zumindest sollte es vermieden werden, dass die verschiedenen Orientierungen sich gegenseitig behinderten und schwächten, wie es beim G8 zwei Jahre zuvor in Schottland der Fall gewesen war. Damit war faktisch ein zentraler Block geschaffen, dessen Anziehungskraft sich letztlich kaum jemand entziehen konnte. Die Großdemonstration am Samstag, den 2. Juni, führte bekanntlich zu einigen unschönen Bildern aus dem Rostocker Stadthafengelände. Sonderpolizeieinheiten hatten Teile der Kundgebung aufgemischt, ein kleiner Teil der Teilnehmerinnen ließ es sich nicht nehmen, darauf mit Steinwürfen und Rangeleien, schließlich mit dem Anzünden eines Autos zu reagieren. Das widersprach klar dem im Vorfeld ausgehandelten Aktionskonsens, darüber bestand Einigkeit. Wie damit umzugehen, was daraus zu folgern wäre, war heftigst umstritten.

Der Widerspruch ging mitten durch Attac und wurde bei der Frage der für die folgende Woche geplanten Blockaden virulent. Seine Lösung wurde durch unsere internen Strukturen nicht vereinfacht. Für die Außenvertretung von Attac Deutschland ist ein gewählter Koordinierungskreis verantwortlich. Er setzt sich aus drei Gruppen von Mitgliedern zusammen: Erstens Einzelpersonen, die in der Regel in lokalen Gruppen aktiv sind, zweitens Mitgliedsorganisationen und drittens bundesweiten thematischen Attac-AGen. Die Entscheidungen des Gremiums fallen im Konsens aller (anwesenden) Mitglieder. Solange keine völlig unvereinbaren Widersprüche auftreten, geht das auch ganz gut, in Rosock aber hatten wir es mit einer besonderen Situation zu tun. Ein relevanter Teil der Kokreismitglieder vor Ort sah langfristige strategische Orientierungen der eigenen Organisation auf dem Spiel stehen. Kann es angehen, dass Beteiligte an gemeinsamen Aktionen wie der Großdemonstration getroffene Absprachen brechen, ohne dass man anschließend mit ihnen bricht? Wozu würde ein solcher öffentlich vollzogener Bruch führen, müsste er nicht geradezu als Einladung begriffen werden, zukünftig gar eine Absprachen mehr einzuhalten? Das waren mit einigen Nuancen die beiden Hauptorientierungen. Konsensbildung ist, wenn so viel auf dem Spiel steht, sehr schwierig und sehr lähmend und er wurde dann auch formal gar nicht mehr gesucht. Die Mehrheit agierte auf offenen Bruch mit den „Radikalen“ hin.

Das war besonders bedeutsam im Hinblick auf die für die folgende Woche geplanten Blockaden des Gipfelgeländes. Konnte man den Partnerinnen trauen? Konnte und wollte Attac da mit drin bleiben? Was würde ein Ausscheiden von Attac für die Polizeitaktik bedeuten, hätte sie damit doch die angeblich guten von den angeblich bösen Demonstratinnen getrennt? Welche Konsequenzen würde es umgekehrt für Attac haben, wenn auch die Blockaden unter Attac-Beteiligung in militante Auseinandersetzungen mit der Polizei münden würden? Würden dann die großen Mitgliedsorganisationen wie verdi, der Reformierte Bund, die GEW, Pax Christi Attac verlassen? Einige hatten das durchaus angekündigt. In dieser Situation entschloss sich die Mehrheit des Koordinierungskreises, auf einen Ausstieg von Attac aus dem gemeinsamen Blockadekonzept Block-8 zu orientieren. Die politische Kultur von Attac ließ es allerdings kaum zu, dass dies einfach vom Kokreis entschieden werden konnte. Schließlich waren Hunderte von Attacies vor Ort. Der größte Teil von ihnen wohnte in den Aktionscamps und war dort zusammen mit Tausenden von anderen Aktivistinnen verschiedenster Spektren. Zwischen denen war in intensiven und genauen Diskussionen längst geklärt worden, dass sie das Aktionskonzept schärfen, die Absprachen präzisieren, aber an der Blockade festhalten wollten. Dem schlossen sich praktisch alle Basisaktiven von Attac an. Bei einer öffentlichen Versammlung von Attacies war die Kokreismehrheit praktisch auf sich selbst gestellt, eine überdeutliche Mehrheit plädierte für den Verbleib von Attac in der Aktion. Es spricht für die tiefe Verankerung des Konsensprinzips in Attac, dass die Kokreismitglieder praktisch alle das Votum der Versammlung akzeptierten.

Denn schließlich ging es nicht nur um unterschiedliche Wahrnehmung einer konkreten Situation, sondern um sehr langfristige eigene Orientierungen. Ein Großteil der Partnerinnen, mit denen Attacies üblicherweise zusammenarbeiten, wie Gewerkschafterinnen, Kirchenleute, Jugendverbände von Parteien und Groß-NRO, war kaum in den Camps vertreten. Vor allem Vertreterinnen von Mitgliedsorganisationen im Kokreis werteten das als Defizit, als Mangel im Erfolg der Mobilisierung, während es manchen jungen Aktivistinnen vielleicht gar nicht aufgefallen sein mag. Das Gespräch, warum ist der Einen die Breite der Bewegung ein aktuelles Anliegen und der Anderen liegt viel mehr die Chance am Herzen, nun mit Gleichgesinnten aktiv sein zu können,

ist noch wenig entwickelt. Und hinter dem widersprüchlichen Umgang mit den militanten Auseinandersetzungen stehen auch reale Widersprüche. Hier geht es um Staat, Staatsmacht, Rechtsstaatlichkeit, staatliches Gewaltmonopol, weltweite Gewaltverhältnisse und Legitimität des Widerstandes dagegen. Diese Differenzen sind alt und lange diskutiert und werden sich nicht wirklich auflösen. Wenn wir nicht von vorne herein getrennte Mobilisierungen haben wollen, dann werden wir als Bewegung damit leben und umgehen müssen. Und selbstverständlich kann niemand akzeptieren, dass verabredete Aktions- und Verhaltensformen von einigen willkürlich und selbstherrlich missachtet werden. Die Formen für verbindliche Absprachen sind ungeklärt, aber Ausgrenzungen prinzipieller Art schwächen die Klarheit der Kritik und die Durchsetzbarkeit der Anliegen insgesamt.

Hier geht es um sehr grundsätzliche Fragen des Demokratieverständnisses überhaupt, die weit über das hinausgehen, was wir in der Schule zu dem Thema gelernt haben. Dort wurde Demokratie aus der formalen Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz begründet; jede hat das gleiche Recht auf Beachtung ihrer Interessen. Ich habe weiter oben auf die Beschränkung des frühen Begriffs der Menschenrechte als „Rechte des egoistischen Menschen“ hingewiesen. Sie werden als mit eigenen Interessen ausgestattet und von den Anderen verschieden verstanden, um so ihre Ansprüche vertreten und die eigenen Interessen durchzusetzen zu können. Dazu müssen sie die gleich begründeten Ansprüche Dritter akzeptieren. Das ist zwar wichtig, aber defizitär und selbst in der bürgerlichen Debatte längst überwunden. Da gibt es eine lange Tradition, die auf Entfaltungsrechte zielt, also darauf, das verwirklichen zu können, was für ein gutes Leben notwendig ist. Es geht also um Bedürfnisse und das Recht auf ihre Befriedigung, und zwar für jede und für alle. Diese doppelte Formulierung ist von essenzieller Bedeutung. Bleiben wir bei „jede“, so haben wir die gleich begründeten Rechte der Einzelnen im bürgerlichen Demokratiebegriff aufgerufen, sagen wir „alle“, so beziehen wir uns auf die Kollektivität falsch verstandener marxistischer Ansätze, die die Gleichheit höher bewerten als die Freiheit. Diese Ansätze sind insofern nur ein Spiegelbild des bürgerlichen Demokratiebegriffs, als sie die Spannung zwischen beiden Aspekten nicht aufheben, sondern nur anders entscheiden. Weniger philosophisch formuliert: „Jede“ addiert zwar numerisch alle zusammen, ist logisch aber nach wie vor ein Ausschluss, weil nach jeder erreichten Zahl immer noch eine kommen kann. „Alle“ schließt zwar niemanden aus, macht aber die Einzelnen unsichtbar. Es geht aber um das gute Leben aller und einer jeden und damit um Bedürfnisse und das Recht ihrer Befriedigung.

Es ist entscheidend, immer Gesellschaftlichkeit als Ganzes in den Blick zu nehmen. Dennoch können und müssen die Kämpfe konkret sein, allerdings mit einer offenen Richtung, sozusagen einem Überschuss hin zu einer anderen Vergesellschaftung, die nicht mehr auf dem Privateigentum und dem Verkauf der Arbeitskraft (was zusammengehört und nur zusammen gedacht werden kann) beruht. Tatsächliche Ansatzpunkte gibt es genug. Sie sind in der attac-Debatte ebenso wie in anderen Zusammenhängen oft genug auch identifiziert worden und ich werde darauf zurückkommen. Dazu gehören Kämpfe um öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur ebenso wie um eine staatsferne Bürgerversicherung für Alter, Krankheit, Grundeinkommen. Dazu gehören aber auch Debatten um (bedingte) Eingriffe in Entscheidungen, was produziert werden soll, oder entstehende Überlegungen, wie denn ökologisch verantwortbare Zugänge zu im Grunde schädlichen Produkten (Flüge, Energie) anders als über Marktpreise geregelt werden könnten, die ja die Ärmern ausschließen und den Reichen keine Einschränkung auferlegen. Und selbstverständlich gehören dazu Diskurse, die umfassend versuchen, andere Formen der Gesellschaftlichkeit denkbar zu machen, wie eben die um Grundeinkommen oder Globale Soziale Rechte.

Wenn es also um das gute Leben aller und einer jeden geht, wenn dafür die Frage zentral ist, was das denn eigentlich wäre, das gute Leben, und was dazugehört, wenn wir also in einem gesellschaftlichen Diskurs gemeinsame Bedürfnisse identifizieren müssen, dann ändert sich das Verständnis von Demokratie. Sie wird bisher weitgehend als Repräsentation der identitären Einzelnen und Kontrolle der so delegierten Macht durch die vor dem Gesetz Gleichen gedacht. Wird Demokratie nicht von der formalen Gleichheit, sondern von den konkreten Bedürfnissen her verstanden, dann ist niemandem damit gedient, dass eine Mehrheit in einem rechtsstaatlich

gestalteten Prozess demokratisch entschieden hat und die unterlegene Minderheit das in ebenfalls gut geregelten Verfahren, bei Wahlen, Volksentscheiden oder vor den Gerichten, überprüfen und gegebenenfalls korrigieren kann. Dann geht es darum, nicht nur Recht zu haben, sondern es auch zu bekommen. Dann muss Demokratie auch und immer wieder als Aneignung organisiert werden – übrigens eine Parallele zu den frühen Bürgerinnen, die durchaus wussten, dass die Rechtsform erst kommt, wenn das Eigentum schon da ist. Allerdings war lange Zeit der bloße Raub die übliche Form, zu diesem Eigentum zu gelangen. Damit unsere Aneignungsprozesse nicht dahin gelangen, gehört auch zu diesem Demokratieverständnis ein Kontrollmechanismus. Er liegt nicht im Mehrheitsbeschluss, sondern im Konsens. Kein konkretes Bedürfnis ist von vorne herein schlechter als das andere, jedes ist in seiner jeweiligen Bestimmtheit berechtigt. Aber die Frage, wie wir ihre Befriedigung gestalten, muss gemeinsam geklärt und womöglich erstritten werden.

In diesem Sinne hat Attac mit seinen interenen Entscheidungsfindungsstrukturen einen großen Schritt zu einem neuen Demokratieverständnis getan. Konsensprinzip und Autonomie der einzelnen Akteurinnen innerhalb des Netzwerkes sind nicht Notlösungen, um den Laden zusammenzuhalten, sondern höchst innovative Vorgriffe auf eine demokratische Kultur, die mit Vertrauen und dem Öffnen von Räumen arbeitet und nicht mit Kontrolle und festen Regeln. Das ist in vielerlei Hinsicht problematisch und klappt auch oft nicht gut, aber es gibt doch eine vage Idee von anderen Gestaltungsprinzipien des Politischen.

### Bedingungsloses Grundeinkommen

In der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wird diese Idee auf die gesamtgesellschaftliche Ebene gehoben. Der Weg zu dieser Forderung war etwas anders, als sich das in Attac üblicherweise gestaltet und auch das Ergebnis ist widersprüchlicher als etwa bei anderen Themen, zu denen verschiedene Auffassungen existieren. Ich habe am Beispiel der Tobinsteuer gezeigt, wie Attac recht pragmatisch mit solchen Unterschieden umgeht. Aber beim bedingungslosen Grundeinkommen steht mehr auf dem Spiel als nur eine kleine Steuer. Hier geht es um unser gesamtes Konzept von Gesellschaftlichkeit. Dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben in Attac als ein Menschenrecht verstanden wird, habe ich dargelegt. Aber wie realisiert sich dieses Recht? Worin besteht die Teilhabe?

Zwar erscheint uns Menschen, weil wir nicht alleine auf der Welt sind, sondern uns immer schon als eine von vielen erleben, Gesellschaft selbstverständlich. (Zum Folgenden Exner 2007, S. 9ff) Dennoch propagieren Marktradikale wie weiland die britische Premierministerin Thatcher eine radikal auf Markt und Familie reduzierte Form von „Gesellschaft“, aber die gibt es in der Wirklichkeit nirgendwo. Immer schon leben Menschen in größeren Zusammenhängen, Gruppen, Netzwerken. Ehe die Individuen den Markt betreten können, müssen sie geboren und aufgezogen werden, müssen essen, trinken, schlafen, müssen als mindestes lernen, welche Bedürfnisse es denn geben könnte, für die man auf dem Markt ein Angebot machen kann und vieles andere. Gesellschaft ist tatsächlich längst vor den Einzelnen und vor ihren Familien da. Und doch ist ihre konkrete Gestalt keineswegs selbstverständlich und noch viel weniger ist sie immer und überall die gleiche. Wie entsteht sie? Was hält sie zusammen?

Unter den vielen Abläufen und Verhaltensweisen, die zur Gesellschaftlichkeit beitragen, ragt eines unübersehbar hervor: Arbeit, genauer gesagt Erwerbsarbeit, hat einen zentralen Stellenwert. Mit ihr verdienen wir das Geld, das wir brauchen, um an den allermeisten übrigen Formen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben zu können. Nicht nur indirekt, über das Geld, ermöglicht uns die Erwerbsarbeit gesellschaftliche Kontakte, auch ganz direkt gilt das, finden doch viele von uns die meisten ihrer Freundinnen und Bekannten am Arbeitsplatz. Die soziale Bedeutung von Erwerbsarbeit geht deshalb so weit, dass nicht wenige von uns auf die Frage: „Was bist du?“ mit einem Satz antworten, der sagt, was wir zum Zweck des Geldverdienstes tun: „Ich bin Sekretärin.“ Damit haben wir zugleich etwas über unsere Stellung in der Gesellschaft ausgesagt: „Sekretärin“ – Frauenberuf, nicht so wichtig, das alte, abwertende Wort „Tippse“ hängt irgendwo im Raum. Der

Arbeitsmarkt ist nicht nur ein Ort, wo wir Zeit verbringen und Einkommen erarbeiten, er prägt auch Erwartungen und Rollenzuschreibungen. Wenn wir von „Mann“ oder „Frau“ sprechen, so sind auf diesem Markt je eigene Vorstellungen damit verbunden. Wir bekommen dort nicht bloß Rollen zugeschrieben, wir entwickeln auch Selbstbilder und -erwartungen. Das ist ja prinzipiell nicht unberechtigt. Gelingt unsere Berufswahl, finden wir Beschäftigung in unserem Wunschberuf, dann zeigen wir dort etwas von dem, was wir wirklich können und wirklich tun mögen. Selbst wenn die konkrete Tätigkeit uns nicht gefällt, ist Erwerbsarbeit immer noch ein wesentlicher Teil unseres Lebens und vor allem unserer Lebenszeit. Das kann und sollte man nicht einfach beiseite schieben und so tun, als ginge es uns nichts an. Aber auch das andere Extrem ist problematisch: Wie viele Menschen identifizieren sich so sehr mit ihrer Arbeit, dass sie sich selbst dabei verlieren! Wer kennt etwa nicht den Stolz des Arbeiters, dem nichts zu schwer ist! Und zugunsten der Arbeitsplätze opfern wir – mit Bedauern! – unsere ökologische Zukunft, reduzieren die Natur um uns herum zum bloßen Material und die unendliche Vielfalt an Lebewesen und Arten auf eine genetische Ressource, patentiert, privatisiert, verwertet.

Das, was ich kritisiere, gilt einigen als der Kern von Teilhabe. Die Vergesellschaftung durch Erwerbsarbeit bedeutet im Kapitalismus immer, dass ich meine Arbeitskraft zu den Bedingungen verkaufen muss, die ich auf dem Markt vorfinde. Angesichts von Elektronifizierung und rasantem Produktivitätsfortschritt sind diese Bedingungen heute so, dass eine oder zwei Milliarden Menschen weltweit nicht gebraucht werden, um in der kapitalistischen Tretmühle den Wert zu vermehren. Erwerbsarbeit verteilen auf alle, die daran teilnehmen wollen? Aber ja, niemand darf davon ausgeschlossen werden. Erwerbsarbeit zur Bedingung machen, um Zugang zu Sozialsystemen, Einkommen, gesellschaftlichem Status zu erhalten? Aber nein, viele wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen Produktivität finden außerhalb der Erwerbsarbeit statt und verdienen die gleiche Anerkennung. Es müsse doch alles erst einmal produziert werden, ehe etwas verteilt werden kann? Aber ja, der gesellschaftliche Reichtum fällt nicht vom Himmel. Menschen müssen ihn herstellen. Aber die Frage, die der Produktion voranzustellen wäre, lautet: „Was wollen wir denn eigentlich produzieren und wie soll dies geschehen?“ Denn das ist es, was not-wendig wäre, was also die Not wenden würde, die Frage nach dem Inhalt unseres Tuns und Produzierens.

Diese Überlegungen stehen innerhalb von Attac am Ende eines ausführlichen Zyklus von Diskussion und Nachdenken über Gesellschaftlichkeit und Teilhabe. Am Anfang stand die bittere Erkenntnis, dass wir und die ganze Mobilisierung gegen die Einführung des Hartz-Regimes in Deutschland nicht erfolgreich gewesen waren. Attac hatte sich an den Sozialprotesten 2003 (Montagsdemos) und 2004 (große DGB-Veranstaltungen in Berlin, Köln, Stuttgart) beteiligt, wir hatten dazu eigens den Schwerpunkt „es ist genug für alle da“ ins Leben gerufen. In diesem Zusammenhang war die Formulierung des Menschenrechts auf Teilhabe entstanden.

„Schwerpunkt“ in Attac heißt nicht, dass wir jetzt alle gemeinsam nur noch das machen würden. Schwerpunkt heißt, dass dort Ressourcen konzentriert und bundesweite Angebote gemacht werden. Die einzelne Gruppen, bundesweiten AGen, Mitgliedsorganisationen bleiben frei darin, mitzumachen oder nicht. Hier war die Beteiligung überwältigend. Über 50 lokale Gruppen griffen das Thema auf, fast der gesamte Koordinierungskreis und viele andere Attacies arbeiteten in der offenen Projektgruppe mit, die den Schwerpunkt gestaltete, es gab Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Bündnisse, öffentliche Auftritte en masse. Dennoch verschwand das Thema aus der öffentlichen Auseinandersetzung, irgendwann im Sommer 2004 konnte sich niemand mehr vorstellen, wie man auch nur einzelne Forderungen durchsetzen sollte. Wir suchten neue Zuspitzungen und fanden zwei brauchbar erscheinende Ideen.

Zum einen wollten wir Aktionsformen radikalisieren, Aneignung sollte praktische Beispiele finden. Ich verzichte hier darauf, die Geschichte des Misserfolgs nachzuzeichnen und stelle ihn einfach nur fest. Zum zweiten wollten wir den allgemeinen Anspruch auf Teilhabe in einer tagespolitischen Forderung konkret werden lassen. Eine gemeinsame Aussage des Schwerpunktes hatte gelautet: „Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch.“ Das war offensichtlich nur über ein entsprechendes Mindesteinkommen für alle zu realisieren. Und das bedeutete Mindestlohn für diejenigen, die Arbeit haben, und Grundeinkommen für alle ohne Erwerbseinkommen.

Sozialsysteme, die Menschen vor der Unterstützungszahlung auf Bedürftigkeit überprüfen oder ihnen Bedingungen stellen, führen immer dazu, dass manche Berechtigte ihre Ansprüche nicht einlösen, weil sie sie nicht kennen, weil sie nicht zum Amt wollen, weil sie dort unwürdig behandelt werden. Hartz IV hatte das zur Perfidie gesteigert. Deshalb kam für uns nur eine bedingungslose Zahlung in Frage. Also war die Formel: Mindesteinkommen als Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen. Dieser Konsens im Schwerpunkt wurde von einem Ratschlag (also einer bundesweiten Mitgliederversammlung) im Oktober 2004 nicht nachvollzogen: Gut zehn Prozent der Anwesenden stimmten gegen den Vorschlag und da Attac politische Beschlüsse so fasst, dass höchsten zehn Prozent Ablehnung erlaubt sind, ist die Forderung kein allgemeiner Attac-Konsens. Die aus dem Schwerpunkt hervorgegangene AG genug für alle sowie die meisten lokalen Gruppen vertreten sie allerdings.

Aus der eher tagespolitischen Orientierung wurde sehr bald eine Richtungsforderung im oben beschriebenen Sinne. Wir sahen, dass die Grundeinkommensidee die politische Szene in einer neuen Weise spaltete. Da standen Menschen, die mit uns gegen HartzIV gekämpft hatten, entschieden dagegen, weil sie am „Vorrang der Erwerbsarbeit“ festhalten wollten. Und auf Seiten der Befürworterinnen fanden sich solche, die mit einem Grundeinkommen zuallerst einmal die Sozialversicherungen abschaffen wollten. Für uns war klar, dass alle noch bestehenden sozialen Sicherheiten zu verteidigen seien. (Zum Folgenden Rätz S. 181) Das ist das Kriterium für die tagespolitische Bündnisbildung, nicht die Befürwortung oder Ablehnung des bedingungslosen Grundeinkommens. Seine Anhängerinnen sind sich weder einig, wann und in welchem Rahmen ein Grundeinkommen einführbar wäre, noch wie tief es in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen soll. Wer sich in dieser Gesellschaft wohlfühlt und sich als Teil derjenigen Kräfte wahrnimmt, die durchsetzungsfähig sind und über Gestaltungsmacht verfügen, entwickelt konkrete Modelle und denkt an Gesetzesvorlagen. Auch der selbsterlebte Problemdruck kann dazu führen, dass die Anforderungen an die genaue Ausgestaltung eines bge nicht sehr hoch sind. Vor allem in Teilen der Erwerbslosenbewegung wird die Entwürdigung durch HartzIV als derart bedrückend erfahren, dass jede Form der Bedingungslosigkeit als Fortschritt gilt, selbst wenn sie mit weiterem Verzicht in der Höhe verbunden wäre. Es ist also mehr als eine Einschätzungsfrage, es geht vielmehr um eine bedeutende Differenz in dem, was ein bge real sein kann, ob man eine sehr kurz- oder eher eine längerfristige Einführungsperspektive vertritt. Wir fürchten, ein bge, das heute realisiert würde, wäre nicht erstrebenswert, da es die heutigen Kräfteverhältnisse spiegelte.

Wir verbinden mit der Forderung nach einem Grundeinkommen mehr als nur einen Vorschlag zur sozialen Absicherung aller Menschen in einer Gesellschaft. Das wäre es sicherlich auch und in diesem Sinne hätten alle Vorteile davon, die bisher materiell benachteiligt sind. Aber auch ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Menschen zum Überleben auf den Markt verweisen. Eine ausreichende Höhe könnte zwar dafür sorgen, dass dies kein materielles Problem darstellen würde. Aber Konkurrenzmechanismen, die Konzentration von Macht und Kapital in wenigen Händen und die Tendenz zur Verwandlung von allen menschlichen Bedürfnissen in Waren würden mit der bloßen Umverteilung von Geld ja keineswegs gebrochen. Die Warenförmigkeit von Bedürfnissen würde sogar eher gefördert und so gesehen haftet der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen tatsächlich ein marktliberaler Zug an. Attac kam von Beginn an von einer marktkritischen Position her. Uns geht es um die geistige Auseinandersetzung mit dem innersten Kern liberaler Ideologie. Nicht nur der Neoliberalismus, im Grunde jede bürgerliche Volkswirtschaft definiert Ökonomie als Verwaltung des Mangels. Mangel aber ist keine Beschreibung der Wirklichkeit, sondern ein ideologisches Konzept ihrer Deutung. Mangel entsteht dort, wo der Zugriff auf begrenzte Güter privatisiert, über den Markt geregelt wird. Tatsächlich ist genug für alle da. (Rätz/Paternoga/Steinbach S.55f)

Das Grundeinkommen ist also ein Vorschlag, wie Gesellschaft anders als aus (Arbeits)Zwang entstehen könnte. Sein Kern ist, jeden Menschen als gleichrangiges und gleich wichtiges Glied der Gesellschaft anzuerkennen, völlig unabhängig von seiner konkreten Nützlichkeit. Die Einführung eines bge wäre nicht identisch mit der Verwirklichung einer neuen Vergesellschaftung, aber sie würde Möglichkeiten eröffnen. Eine Gesellschaft würde denkbar, die den Beitrag einer Jeden zur

gesellschaftlichen Produktivität anerkennt, eine Gesellschaft, die aus freier Übereinkunft der in ihr Lebenden entsteht. Wohlgedacht, es entstünde der Spielraum für eine solche Perspektive, ob und wie sie auch wirklich würde, hinge dann vom Handeln der Vielen ab. Ein bge muss nicht, kann aber dazu führen, dass eine ganze Reihe von drängenden Fragen endlich auch real gestellt werden: Was ist das eigentlich, der gesellschaftliche Reichtum? Sind wir damit zufrieden, dass er sich in einer „ungeheuren Warensammlung“ darstellt, die wir mit ihrem eigenen Doppelgänger, dem Geld, erwerben können, um sie dann zu konsumieren, ohne jemals entschieden zu haben, dass es genau das ist, was wir tatsächlich brauchen? Benötigen wir Atomkraftwerke, Gentechnologie und immer mehr Agrochemie oder ganz andere Dinge? Was wollen wir überhaupt produzieren und wie wollen wir das tun? Erst in einer Gesellschaft, in der niemand um die persönliche materielle Existenz fürchten müsste, könnten diese Fragen ernsthaft diskutiert werden.

#### **IV. Das gute Leben einer Jeden und aller**

Der Versuch, die globalisierungskritische Bewegung von einem Konzept Globaler Sozialer Rechte her zu denken, führt uns also dahin, dass das gute Leben aller und einer Jeden im Zentrum einer solchen Kritik steht und nicht mehr die Finanzmärkte. Das heißt nicht, dass falsch wäre, was weiter oben über diese gesagt wurde. Sie sind nach wie vor der Ort, von dem die Dynamik des globalisierten Kapitalismus ausgeht, wo die Gewinnraten immer weiter gesteigert und die irrwitzigen Finanzansprüche weiterhin formal vermehrt werden können. Aber die hier gewählte Herangehensweise erlaubt es, zu verstehen, dass dies kein neutraler oder in erster Linie technischer Prozess ist. Vielmehr hat die scheinbar grenzenlose Wertverwertung handgreifliche Folgen. Ich hatte gesagt, dass im Kapitalismus der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vorliegt, einmal als konkretes Produkt oder Dienstleistung und damit als endliche Größe und einmal als Geldbetrag und damit als scheinbar unbegrenzt wachstumsfähig. Als Produkt befriedigen die Dinge konkrete Bedürfnisse, als Geldbeträge haben sie ausschließlich die Funktion, mehr zu werden. Dabei handelt es sich um das, was die Bewegung dieser Gelder tatsächlich antreibt, nicht darum, welches Bewusstsein die je Beteiligten subjektiv und persönlich davon haben. Sie können durchaus philanthropische Menschen sein und man muss sich davor hüten, alle großen Anlegerinnen auf den Finanzmärkten für unendlich reich zu halten. Es gibt selbstverständlich auch eine größere Zahl von Personen, die sich längst alle Konsumbedürfnisse erfüllen und Geld folglich nicht zum Kauf von nützlichen Dingen brauchen, sondern es auch subjektiv nur noch als Kapital, als Investition wahrnehmen können. Aber die größten Anleger auf den Märkten sind Pensionsfonds und auch Versicherungen gehören zu den ganz großen. Beide verwalten in der Regel Geld von eher nicht so wohlhabenden Menschen. Aber sie verwalten das eben zum Zweck der Vermehrung, nicht damit die Besitzerinnen es ausgeben, um Schuhe oder Unterhaltungselektronik oder Kinokarten zu kaufen. So sind die sogenannten kleinen Leute mit ihrer Lebensversicherung oder ihrer Riesterreute durchaus auch Finanzmarktakteurinnen, auch wenn sie dabei persönlich keine aktive Rolle spielen. Der Neoliberalismus geht nicht auf in Markt und Staat, er hat etwas mit dir und mir zu tun, sitzt auch in unseren Köpfen und Bäuchen.

Das nimmt manchmal skurrile Formen an. Als 1999/2000 die britische Vodafone den deutschen Konzern Mannesmann übernehmen wollte, lag ein größeres Aktienpaket beim Pensionsfonds des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO. Die hauptamtlichen Gewerkschafterinnen dort sicherten mangels eines ausreichenden öffentlichen Systems so ihre Altersversorgung. Der Gewerkschaft war gut bekannt, dass Unternehmensübernahmen regelmäßig zu Rationalisierungen und Entlassungen führen. In diesem Fall war das besonders offensichtlich, da Vodafone lediglich am Telefongeschäft von Mannesmann interessiert war (denen gehörte das zweitgrößte Festnetz in Deutschland aus dem ehemaligen Besitz der Bundesbahn) und den Stahlbetrieb abwickeln würde. Trotz gegenteiliger Aufforderung durch die zuständige Kommission der AFL-CIO hat der

Pensionsfonds an Vodafone verkauft. Er hatte auch keine Wahl, die Managerinnen sind in den USA gesetzlich verpflichtet, nur im Interesse der Anlegerinnen (und nicht etwa der Beschäftigten) zu agieren. So zahlen Tausende von entlassenen Mannesmannbeschäftigten indirekt die Renten hauptamtlicher Gewerkschafterinnen in den USA. Das Leben im Neoliberalismus steckt voller Widersprüche. Das gilt nicht nur für die Einzelnen in der Gesellschaft, sondern auch für Interessen und Positionen einzelner Teile der emanzipatorischen Bewegung untereinander.

## Widersprüche benennen und aushalten

Der zapatistische Satz sagt sich so leicht, dass eine andere Welt möglich sei, eine, in der viele Welten Platz haben. Konkret sieht das dann manchmal erheblich komplizierter aus. Im Zuge der G8-Mobilisierung 2007 haben einige Organisationen sich den damit verbundenen Problemen bewusst gestellt. Attac, die Grundsatzabteilung der IG Metall, KeinMensch ist illegal, medico international und später auch Greenpeace haben sich darangemacht, miteinander einmal genauer auszuloten, was denn gemeinsam über eine solche Welt gesagt werden könnte. Ursprünglich waren auch noch einige auf das Nord-Südverhältnis spezialisierte NRO dabei, die aber dann wieder ausgestiegen sind, als politisch brisante sozialpolitische Themen eine zunehmende Rolle spielten. Die Ausgangssituation ist verhältnismäßig leicht zu beschreiben: Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen hat Attac eine Forderung, die der auf Erwerbsarbeit orientierten Gewerkschaft nicht gerade entgegenkommt. Die globale, oft stark vom Süden beeinflusste Positionsbildung von Attac und medico führt ebenfalls nicht immer zu für Gewerkschafterinnen akzeptablen Ergebnissen. Für die geht es eher darum, verlorengegangene nationale Regulierungsmechanismen international neu zu begründen oder zumindest auf Konzernebene zu verankern. Dabei gilt das Bemühen immer der Verteidigung von erreichten Standards. Die zu unterlaufen, die eigene Arbeitskraft billiger anzubieten, ist genau das, was (illegalisierten) Migrantinnen als einziger Überlegensvorteil bleibt. Und wenn Greenpeace betont, dass die Dringlichkeit der ökologischen Frage vielleicht nicht immer erlaubt, Lösungen zu suchen, die sozial ausgewogen und gerecht sind, dann ist niemand von den anderen Partnerinnen erfreut.

Unsere Vermutung war trotzdem, dass sich durch diverse von einander scheinbar unabhängige, jedenfalls getrennt ausgetragene Auseinandersetzungen ein roter Faden zieht, dass sie etwas miteinander zu tun haben, auch wenn sie nicht gleich sind. Offensichtlich versuchen auch höchst unterschiedliche Initiativen und Projekte immer wieder, der Globalisierung des Kapitals, der Märkte und der Waren mit einer Globalisierung der Sozialen Rechte zu begegnen. Wir wollten herausfinden, ob darin das Potenzial liegt, auch kontroverse Positionen stehenzulassen und zu akzeptieren, dass sie zumindest vorläufig nicht aufgelöst werden können. Vielleicht würde es sogar Möglichkeiten geben, sie in Richtung eines gemeinsamen Dritten aushaltbar zu machen.

In einer gemeinsam formulierten Plattform der „Initiative für Globale Soziale Rechte“ [www.globale-soziale-rechte.de](http://www.globale-soziale-rechte.de) benennen wir die einzelnen Positionen und ihre Probleme und Widersprüche untereinander. Zu möglichen Umgangsweisen damit heißt es: „Soll das Potenzial der unterschiedlichen Initiativen für eine Globalisierung Sozialer Rechte wirklich freigesetzt werden, kann es nicht um das freihändige Erstellen eines Katalogs der Wünschbarkeiten gehen, sondern nur um einen offenen Austausch über die inneren Widersprüche der AkteurInnen einer solchen 'Globalisierung von unten'. Es ginge dann, um mit der Ökologie zu beginnen, um die Frage, wie Entwicklung und Wachstum aus unterschiedlichen Blickwinkeln definiert und zu den ökologischen Grenzen ins Verhältnis gesetzt werden können. Zur Disposition gestellt wird dann ein Lebensstil, der aus ökologischer Verantwortung nicht globalisierbar ist, obwohl global nach ihm gestrebt wird. Sollen z. B. Individualverkehr und Reisen nicht das Privileg einer begüterten Minderheit bleiben, scheint eine Lösung nur im Verzicht zu liegen, der faktisch von den globalen Mittelklassen, also von uns, zu leisten wäre.“

'Win-Win'-Situationen stellen sich jedenfalls selten automatisch her. Im Gegenteil: Die vorherrschende Standortlogik setzt auf Konkurrenz und gegenseitiges Ausspielen zugunsten höherer

Ausbeutungsraten, und das nicht nur zwischen globalem Süden und Norden, sondern auch zwischen Betrieben, die zum gleichen Firmenimperium gehören und oft sogar im gleichen Land angesiedelt sind. Werden dabei fest angestellte Lohnabhängige gegen Leih- und ZeitarbeiterInnen und natürlich gegen die schon Erwerbslosen in Konkurrenz gesetzt, verschärft sich das System der Spaltungen noch einmal im Verhältnis der 'einheimischen' Lohnabhängigen zu den migrantischen ArbeiterInnen. Außer Sicht gerät dabei, dass die MigrantInnen aus der berechtigten Suche nach einem besseren Leben gegen ein absichtsvoll konstruiertes Lohngefälle und ein Grenz- und Visaregime wandern, das sie nötigt, sich 'illegal' und nahezu rechtlos in genau den Niedriglohnssektoren durchzuschlagen, in die zugleich die Zeit- und LeiharbeiterInnen und natürlich auch die Erwerbslosen hineingezwungen werden.

Es entspricht der Tiefe und Schärfe der materiellen und symbolischen Trennungen, dass die Kommunikation nicht nur zwischen den unmittelbar Betroffenen, sondern auch zwischen ihren Organisationen bzw. Repräsentationen erst noch zu stiften oder jedenfalls zu vertiefen ist: zwischen verschiedenen (meist noch) national organisierten Gewerkschaften, Selbstorganisationen der prekär Beschäftigten, der Erwerbslosen und der MigrantInnen, Netzwerken der antirassistischen Solidarität und entwicklungspolitischen sowie ökologisch orientierten NRO. Ein Medium solcher Kommunikation sind dabei die Sozialforen der globalisierungskritischen Bewegung.

Die Diskussion über die unterschiedlichen Eigenlogiken der Handlungsfelder von AktivistInnen sozialer Bewegungen, MitarbeiterInnen von NRO und GewerkschafterInnen ist ein erster Schritt, um gemeinsame Interessen und unter ihnen das besondere Interesse an einer gemeinsamen Politik Globaler Sozialer Rechte zu definieren. Für einen solchen Anfang im Prozess der 'Bewegung der Bewegungen' ist viel gewonnen, wenn verständlich wird, dass und wie es allen Beteiligten bei allen Unterschieden und Widersprüchen um die unabweisliche Notwendigkeit geht, soziale Rechte nicht mehr nur in nationalen Grenzen, sondern in weltweiter Geltung zu erstreiten.“

In einer Serie von neun Veranstaltungen haben wir versucht, die Themen diskutierbar zu machen. Dabei gab es Schwierigkeiten, jeweils vor Ort die Bereitschaft zu finden, in der notwendigen Breite zusammenzukommen. Die spontane Tendenz ist eindeutig, eher unter sich zu bleiben. Zweitens wurde deutlich, wie vor allem die Beschäftigten in vielen Betrieben unter Druck stehen. Von ihrer Seite gibt es ein ganz starkes Bedürfnis, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Da haben Diskussionen um gesellschaftliche Orientierungen, um ökologischen Umbau der Produktion oder auch darüber, was denn ein gutes Leben für alle und jede wäre, erst mal hintanzustehen. Tatsächlich aber hängt das Einkommen der Menschen von Arbeitsplätzen ab, die systematisch gar nicht für alle zur Verfügung stehen. Vollbeschäftigung war immer schon eine Wahrnehmung, die eine gewisse Blindheit auf einem Auge voraussetzte. Auch zu ihren besten Zeiten, in den 60er und frühen 70er Jahren, waren es die Männer in den Industriegesellschaften, die weitgehend vollbeschäftigt waren. Frauen verdienten meist etwas dazu. Im Süden gab es so etwas wie Vollbeschäftigung ohnehin nie. Die elektronische Revolution ermöglicht inzwischen Produktivitätssteigerungen, die jeden Gedanken an erneute – und diesmal umfassende, d.h. für alle – Vollbeschäftigung verbieten. Wenn es aber zu wenig Erwerbsarbeitsplätze gibt, dann müssen die Beschäftigten jeden einzelnen verteidigen, selbst den beschissensten und ökologisch und sonstwie unsinnigsten. Wer will, wer kann von den Menschen verlangen, dass sie unter solchen Umständen über ökologisch und sozial dringend notwendige Alternativen nachdenken? Dringend erforderlich wäre eine Debatte darüber, was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller notwendig sind. Was wir produzieren wollen und wie müsste in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden. Aber wie sollte nachhaltiges Umsteuern und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs aus der Produktion heraus und durch die Arbeiterinnen und Angestellten erfolgen, die doch auf ihre Arbeitsplätze angewiesen sind? Wie durch die Erwerbslosen, die ebenfalls auf einen der nicht vorhandenen Arbeitsplätze warten? Wer ernsthaft eine nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft will, wird etwas dazu sagen müssen, wie die Menschen zu einem Einkommen gelangen, so dass sie sich um ihr materielles Überleben keine Sorge machen müssen. Es ist interessant, dass aktuell in der IG Metall bei einer Mitgliederumfrage im Internet, was denn für Themen die Kolleginnen beschäftigen, das bedingungslose Grundeinkommen sehr

weit oben in der Liste steht. Auch wenn der Funktionärskader sich noch schwertut, so bewegen sich die Dinge doch.

Um aus einem reinen Diskussionsprojekt auch zur Praxis zu finden, hat ein Teil der Initiative für Globale Soziale Rechte eine Befragung unter dem eher im übertragenen Sinn zu verstehenden Leitthema „Was macht uns krank“ durchgeführt. Die Idee war, aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Zugängen die Lebens- und Arbeitsverhältnisse ins Visier zu nehmen, die einem guten Leben entgegenstehen. IG Metal und Greenpeace waren daran nicht beteiligt, dafür sind andere, vor allem aus dem Bereich prekärer Beschäftigung, dazugekommen. Das Projekt hat aber nicht die Breite erreicht, die nötig wäre, um tatsächlich in einem gemeinsamen Dritten einen Bezugspunkt zu schaffen, der die Widersprüche untereinander aushaltbarer machen würde. Auch innerhalb von Attac ist eine ursprünglich einmal sehr große Offene AG des Attac-Rates zum Thema mangels Mitarbeit letztlich einfach ausgetrocknet.

In der Praxis ist es offensichtlich äußerst mühsam, konkrete Projekte für eine andere Welt soweit zu entwickeln, dass sie umsetzbar werden. Attac kann das gute Leben aller und einer Jeden durchaus als gemeinsames Ziel benennen. Aus der eigenen Analyse wird klar, dass dies den Kern der Globalisierungskritik ziemlich genau trifft. Gleichzeitig ist es eine breit geteilte Überzeugung, dass der Finanzkapitalismus, so wie er jetzt existiert, nicht in der Lage ist, das zu gewährleisten. Die Finanzmärkte schrumpfen und das Soziale den Märkten entziehen ist breiter Konsens in Attac. Eine grundsätzliche gesellschaftliche Entscheidung für den langsamen Aufbau einer bedarfsorientierten Ökonomie statt der Fortsetzung der abstrakten Wertverwertung wäre Voraussetzung dafür, dass das gelingen kann. Gesellschaftliche Strukturen ändern sich leichter und schneller, wenn Menschen mit dem Aufbau des Neuen schon begonnen haben. Projekte, in denen die andere Welt sichtbar wird, wären also wichtig. Es gibt sie in einzelnen Bereichen der solidarischen Ökonomie durchaus, aber noch steht da keine umfassende und starke Bewegung dahinter.

Attac hat den Vorteil, dass es diese Notwendigkeit benennen kann, ohne dass es dies ausdrücklich als Antikapitalismus bezeichnen muss. Mit Konzepten wie Globalen Sozialen Rechten, das Widersprüche aushaltbar und Umrisse einer anderen Welt sichtbar macht, mit einem politischen Gesundheitsbegriff, der ausspricht, was dem guten Leben entgegensteht, mit Richtungsforderungen, die Bündnisse und tagespolitische wie langfristige Orientierung ermöglichen, mit der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, das alle Menschen von materieller Not befreit, verfügt Attac über ein Arsenal von Möglichkeiten, konkret zu sagen, wohin wir wollen mit der möglichen anderen Welt, ohne dass wir vorher ideologische Auseinandersetzungen austragen oder alle Antikapitalistinnen werden müssten.

## Das Soziale den Märkten entziehen

Gerade im Umgang mit der kapitalistischen Krise haben sich in praktisch allen seinen Arbeitsbereichen Positionen entwickelt oder gefestigt, die in diese Richtung zielen. Auf mehreren Ratschlägen hat sich Attac mit den Krisenentwicklungen auseinandergesetzt und bereits sehr früh, im Oktober 2008, folgende Hauptforderungen formuliert: „Die Profiteure müssen zahlen! Die Banken entmachten! Finanzmärkte kontrollieren und ihre Macht brechen! Steueroasen schließen! Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen! Die Krise sozial bewältigen!“ Zumindest das deutsche Netzwerk hat damit gezeigt, dass es auf der Höhe der Zeit ist und die Tobinsteuer nicht mehr für den Nabel hält, um den Welt kreist. International wurde das allerdings nur sehr bedingt mitvollzogen. Ende 2009 ist es in Deutschland auch gelungen, eine Position zu formulieren, die eine Zusammenschau von scheinbar globalen und scheinbar nationalen Aspekten darstellt. In einer Ratschlagserklärung heißt es: „Die Krise sozial zu bewältigen bedeutet im globalen Rahmen: Die arm gemachten Länder des Südens im Blick zu haben, die verstärkt unter den Krisen leiden. Sie brauchen einen umfassenden Schuldenerlass, die Abschaffung der Strukturanpassung durch den IWF und Maßnahmen, um die Ernährungssouveränität sicherzustellen. Die Abkehr von der unmenschlichen Migrationspolitik der letzten Jahre gehört ebenfalls dazu. In unseren eigenen

Gesellschaften sind sehr weitgehende Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen und zur Stärkung öffentlicher Teilhabemöglichkeiten durchzuführen: Vermögensabgabe und dauerhaft hohe Vermögensteuer, solidarische Einfachsteuer, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und tatsächliche soziale Grundsicherung, solidarische Bürgerversicherung statt privater Vorsorge, umfassender Ausbau von kostenloser Bildung und Infrastruktur, Schluss mit Privatisierung und Private-Public-Partnership.“

Vor allem die bundesweiten Attac-AGen arbeiten an der Umsetzung und haben in den letzten Jahren ausdrückliche Positionen in Bezug auf soziale Fragen entwickelt. Einige haben diese Bezüge im Rahmen der Krisenauseinandersetzung nochmals deutlich vertieft. Eine attacweite Offene Projektgruppe zum Thema, eine Initiative für ein Bankentribunal, eine eigenständige Kampagne gegen Private-Public-Partnership und ein hauptamtlich unterstütztes Projekt Frauen und Finanzmärkte verweisen allerdings auch auf die schon angesprochenen Probleme: Die Themenfindung in Attac wird wie beschrieben sehr offen gehandhabt, fast jede kann ihr Lieblingsprojekt umsetzen und das führt nicht immer dazu, dass der gemeinsame Ausdruck, die gemeinsame Intervention ins politische Geschäft gestärkt wird. Im folgenden Überblick über die bundesweiten AGen innerhalb von Attac wird deutlich, dass gelegentlich sogar einzelne Projekte faktisch zueinander in Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen geraten.

Die AG ArbeitFairTeilen zielt in erster Linie auf eine umfassende Arbeitszeitverkürzung. Dazu strebt sie die Solidarisierung aller Beschäftigten und Arbeitslosen zur Senkung der tariflichen Arbeitszeit als Voraussetzung für höhere Löhne, Sozialleistungen und für Vollbeschäftigung an. Seit Sommer 2009 arbeitet sie intensiv daran, mit Beschäftigten aus der Automobilindustrie gemeinsam Überlegungen, Projekte und Forderungen zur Konversion, zur Umstellung der Produktion in der Autobranche, zu entwickeln. Dazu ist ein größerer Kongress geplant.

Die AG Energie Klima Umwelt hat sich in die Auseinandersetzungen um das UN-Klimaabkommen eingemischt und dabei einen ausdrücklich politischen Begriff von Klimagerechtigkeit verfolgt. In Netzwerken wie Climate Justice Now! und gemeinsam mit Aktiven aus dem globalen Süden will sie den Gedanken stärken, dass Lösungen der kapitalistischen Krise ökologisch nur denkbar sind, wenn sie Stoff- und Ressourcenverbrauch reduzieren. Inzwischen treten auch konservative oder offen reaktionäre Typen von Wachstumskritik auf, die mit dem Wachstum gleichzeitig den Sozialstaat schleifen und die Familien wieder mit der Fürsorgearbeit betrauen wollen. Ein Kongress Anfang 2011 soll eine ökologisch und sozial emanzipatorische Wachstumskritik (weiter)entwickeln und politische Interventionsmöglichkeiten ausloten.

Die EU-AG hat eine umfassende Mobilisierung gegen die geplante EU-Verfassung bzw. den Lissabon-Vertrag geführt und greift dabei gerade die Festschreibung der neoliberalen Wirtschaftsordnung in diesen Dokumenten an ebenso wie die damit verbundene Umverteilung von unten nach oben.

Die AG Finanzmarkt und Steuern war eine der beiden ersten, für die die Auseinandersetzung mit der Krise, hier zuerst unter dem Blick der Finanzkrise, aktuell wurde. Sie hat eine ganze Zahl an Projekten entwickelt, darunter eine sehr erfolgreiche Ausstellung zu Steuereozonen und Offshorezentren. Mit der Forderung nach einer Devisentransaktionssteuer ist in ihrem Bereich sozusagen die Attac-Gründungsurkunde angesiedelt. Das von der AG mit Gewerkschaften und anderen entwickelte Konzept der solidarischen Einfachsteuer verfolgt auch ausdrücklich das Ziel der Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit im Sozialen. Das wäre eine realpolitische Forderung, die dennoch sehr tief in den bisherigen Politikbetrieb eingreifen würde.

Dem neoliberale Denken ist immer auch die Förderung von Ungleichheit eingeschrieben. Dabei gehört die Geschlechtergerechtigkeit zu den Themen, die in der Selbstverständniserklärung von Attac ausdrücklich aufgegriffen werden. Insofern handelt es sich dabei zwar keineswegs um ein „Frauenthema“, aber die Gender AG und feministattac sind in diesem Bereich aktiver als andere. Sie betreiben gemeinsam das Projekt „Frauenkompetenz in der Finanzkrise – Gender Capacity Building“ für die Teilhabe von Frauen an der öffentlichen Debatte. Auch da war ein Kongress wichtiger Bestandteil.

Die AG Genug für alle tritt für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Globales Soziales Recht

ein. Das würde genau den Umverteilungsprozess von Oben nach Unten und von Nord nach Süd in Gang setzen, der Voraussetzung zur Verminderung der riesigen Summen ist, die auf den Finanzmärkten profitable Anlage suchen. Damit würde das Grundeinkommen über eine Richtungsforderung hinaus zu einer tagespolitischen Antwort auf die kapitalistische Krise werden. Es wäre das umfassend denkbarste Konjunkturprogramm. Die AG hat diverse Vorschläge entwickelt, wie konkrete Ansatzpunkte für dahingehende Kampagnen gefunden werden könnten, auf die ich unten nochmals eingehe.

Kapitalistische Krisenlösungsstrategien enthalten Krieg immer als eine Möglichkeit. Deshalb tritt die AG Globalisierung und Krieg gegen die einseitigen, auf wirtschaftliche Effizienz und Wachstum ausgerichteten Zumutungen des globalisierten Kapitalismus ein. Sie fordert die Unterordnung der Wirtschaft unter soziale Belange und die Beendigung des allein am Profit orientierten Verbrauchs an Ressourcen sowie des gnadenlosen Kampfes bei der Beschaffung von Rohstoffen. Im Blickpunkt stehen Afghanistan, Irak und der Nahe Osten.

In Lateinamerika haben nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch eine Reihe von Regierungen Positionen gegen den Neoliberalismus entwickelt, manche sogar solche, die den Kapitalismus selbst ausdrücklich in Frage stellen. Das ist weltweit für viele Aktivistinnen ein Zeichen der Hoffnung und die entsprechende AG bezieht sich positiv auf alle diese Entwicklungen. Sie versucht ihnen hierzulande Gehör zu verschaffen und auch dies wiederum mit dem Mittel des Kongresses. Sie betont dabei die Perspektive auf soziale Gerechtigkeit, solidarische Ökonomie und demokratische Entscheidungsprozesse.

Die AG Solidarische Ökonomie betreibt vorrangig eine Kampagne für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Fortführung von Krisenbetrieben durch die Belegschaft. In Italien konnten viele Krisenbetriebe nur weitergeführt werden, weil es eine gesetzliche Grundlage und eine öffentliche Risikokapitalbeteiligung bei der Überführung in die Rechtsform der Genossenschaft gab. Ähnliches soll in Deutschland möglich werden.

Die AG Soziale Sicherungssysteme engagiert sich für eine Solidarischen Bürgerinnenversicherung. In sie sollen alle Bürgerinnen von all ihren Einkommen Beiträge einzahlen. Die Arbeitgeberinnen sollen wieder paritätisch (hälftig) beteiligt sein. Die Bürgerinnenversicherung würde die Masse der anlaufesuchenden Gelder deutlich verringern und wäre wie die solidarische Einfachsteuer eine krisendämpfende realpolitische Alternative, die sofort eingeführt werden könnte und die sich für eine aktuelle Kampagne eignet. Daran arbeitet die AG in größeren Bündnissen.

Neben diesen bundesweiten AGen, die auch formal über das Recht verfügen, selbstständig öffentlich aufzutreten und die dadurch das Bild von Attac in der Öffentlichkeit stark mitprägen können, gibt es einige andere Formen des Engagements in Attac auf Bundesebene. In unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind die unterschiedlichen Arbeitsansätze gegen Privatisierungen. Als erfolgreichstes Beispiel mag die bisherige Verhinderung des Börsengangs der Deutschen Bahn angeführt werden, aber auch die Kampagnen gegen Crossborder-Leasing (eine Form legalisierten Betrugs zu Lasten der US-Steuerzahlerinnen und deutscher Kommunen, die inzwischen untersagt ist) waren oft durchschlagend. Nunmehr geht es vielfach um Teilprivatisierungen in Gestalt öffentlich-privater Kooperationen (PPP). Diese Projekte packen alles und jedes an, von Schulen oder Krankenhäusern über Konferenzzentren bis zur Wasserversorgung. Sie arbeiten mit dem ganzen giftigen Mix aus dem Krisencocktail: Geheimverträgen, außerbilanziellen Haushalten, weltweit handelbaren Krediten. Das alles bedeutet jede Menge Futter für die nächsten Spekulationsblase.

Das gute Leben ist immer konkret und immer hier und jetzt

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass es durchaus ein Dilemma ist, wenn die emanzipatorischen Kräfte heute zwar einerseits nicht über die notwendige Durchsetzungsfähigkeit verfügen, sie aber gleichzeitig in der Situation sind, sehr weitgehende Konzepte und Visionen zu entwickeln. Man wird die Existenz dieses Widerspruchs akzeptieren müssen und es wäre fatal, sich

über die eigene Situation zu täuschen und in isolierten Aktionismus oder umgekehrt in den Versuch der Politikberatung auszuweichen. Das bedeutete aber nicht, dass wir darauf verzichten könnten, aufzuzeigen, dass und welche konkreten Alternativen existieren und dafür mit Forderungen einzutreten und mit Aktionen Druck zu machen. Einige Vorschläge sollen im Folgenden soweit umrissen werden, dass vorstellbar wird, wie man in der Bewegung damit arbeiten könnte und wo die Partnerinnen dafür wären.

Obwohl die riesigen angehäuften Finanzvermögen rein fiktives Kapital darstellen, sind die Folgen dieser Ansprüche keineswegs fiktiv. Ihre Inhaberinnen üben starken Druck auf allen ökonomischen, politischen und wo es geht auch militärischen Ebenen aus, um ihre Titel in reale Reichtumsflüsse zu verwandeln. Dazu müssen Bevölkerungsgruppen gefunden werden, die sie bezahlen, wie das mit der Schuldenfalle für die Länder des Südens oder der Senkung der Lohnquote in den Industrieländern passiert. Und dazu müssen nichtkapitalistische Formen des Reichtums in Kapital verwandelt werden, wie es beispielsweise bei der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen oder der Privatisierung öffentlichen Eigentums geschieht.

Dagegen muss die Bewegung versuchen, zumindest Teile des gesellschaftlichen Reichtums so zu verwenden, dass sie gar nicht erst in die Hände der Anlegerinnen und auf die Finanzmärkte geraten. Das bedeutet noch keineswegs eine Abschaffung des Kapitalismus, dafür dürften augenblicklich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bei weitem nicht ausreichen. Vielmehr geht es darum, so weit wie möglich Lebensbereiche zu dekommodifizieren, also den Kapitalkreisläufen zu entziehen, ohne dass diese damit als solche beseitigt wären. So entsteht eine Pause, in der erstens produktive Investitionen wieder profitabel sein können und in der zweitens Möglichkeiten zur nachhaltigen Veränderung der Kräfteverhältnisse genutzt werden müssten. Faktisch handelt es sich um eine ähnliche Situation wie in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, wo ebenfalls weite Bereiche der Ökonomie der Kapitalverwertung entzogen wurden, ohne dass ein Ende des Kapitalismus durchsetzbar gewesen wäre. Auch solche Ergebnisse müssen erkämpft werden, keinesfalls werden relevante Teile der Eliten sich dazu überreden lassen. Aber es scheint denkbar, dass die Tiefe der Krise zumindest einzelne Maßnahme möglich werden lässt, die bisher nicht erreichbar waren. Vor allem ist es vorstellbar, für solche einzelnen Kampfziele gesellschaftliche Bündnisse aufzubauen, die ausreichend Kraft entwickeln.

Ich habe über einige solche Vorschläge schon gesprochen. Die Solidarische Einfachsteuer ist einer davon, für den wir z. B. mit der Forderung nach einer Vermögensabgabe und einer dauerhaft hohen Vermögensteuer mobilisieren. Als Position wird das breit unterstützt, in Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden, Parteien. Gemeinsame Praxis fehlt. Ähnliches gilt für das Renten- und das Gesundheitssystem, wo durch verschiedene Maßnahmen der letzten Jahre viele Widersprüche entstanden sind, die aber noch nicht zu großen Gegenmobilisierungen führen.

Dabei war hier die Kapitallogik schon einmal sehr weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Das geschah durch das Umlageverfahren, das verhindert, dass aus den Beitragsgeldern Kapital wird. Vielmehr geben die Anspruchsberechtigten (also die Alten beziehungsweise die Kranken) unmittelbar das Geld aus, das die Beitragszahlerinnen verdienen. Erst durch Privatisierung und Anlage auf den Finanzmärkten verwandeln sich die Einzahlungen in Kapital. Diese Elemente gilt es also zu beseitigen. Konkret heißt das die Abschaffung der Riesterreute und ihre Integration ins gesetzliche Rentensystem sowie die Beendigung jeglicher anderen öffentlichen Förderung von kapitalgedeckten Altvorsorgesystemen. Solche gibt es vorrangig bei Betriebsrenten, aber auch bei manchen rechtlichen Regulierungen für Lebensversicherungen und Sparverträge. Auch das Gesundheitswesen war von der Nachfrageseite her zumindest im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung bisher weitgehend nicht als Markt organisiert. Die Versicherten bezahl(t)en ihren Beitrag nach Einkommen und erhielten Leistungen nach Bedarf, also im Falle einer Erkrankung. Gesundheitsfonds, Zuzahlungen, Wahltarife, Extrabeiträge sind alles Folgen der Privatisierung, deren Abschaffung unmittelbar die Arbeitgeberberinnen mit einem höheren Anteil an den Systemkosten beteiligen würde. Es ginge also darum, ihnen wieder die Hälfte der Kosten aufzuerlegen, ebenso wie alle Einkommen der Versicherten verbeitragt werden müssten. Das ist besonders bedeutsam bei Arbeitseinkommen jenseits der Beitragsbemessungsgrenze (die somit

abzuschaffen wäre) und bei Kapital- und Grundbesitzeinkommen, da sie besonders hoch sind und in der Regel zum Aufbau von Vermögen benutzt werden, die dann wieder auf den Finanzmärkten landen. Eine so gestaltete Bürgerinnenversicherung könnte auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen gedacht werden. Staatsfern selbstverwaltet würde sie nicht nur einen Großteil des gesellschaftlichen Reichtums für ein gutes Leben der Menschen verfügbar machen, sondern auch demokratische Erfahrungen neuer Qualität ermöglichen.

Attac hat sich immer für eine öffentliche Daseinsvorsorge eingesetzt. Dabei kommt der Forderung nach umfassender sozialer Infrastruktur eine besondere Bedeutung zu. Interessant wird das Ganze aber erst richtig, wenn man es mit dem Konzept der Dekommodifizierung, der „Entmarktlichung“ zusammendenkt. Den umfassendsten Ansatz dazu lieferte schon 2003 die Gruppe links-netz mit ihrem Vorschlag einer „Sozialpolitik als Infrastruktur“ (im Netz unter [http://www.links-netz.de/rubriken/R\\_infrastruktur.html](http://www.links-netz.de/rubriken/R_infrastruktur.html)). Für sie besteht „Sozialpolitik im Sichern der Infrastruktur für alle Arten von gesellschaftlich notwendiger Arbeit“. Das zielt im Ergebnis durchaus auf einen Abschied von der Arbeitsvergesellschaftung, ermöglicht es aber zuerst einmal, Lebensbereiche als Infrastruktur zu denken, die wir bisher völlig anders begriffen haben. Wohnen etwa könnte dazugehören oder Mobilität. So werden Kämpfe denkbar, die darum gehen, Teile unserer eigenen Reproduktion aus dem Markt heraus und in unsere eigenen Hände zu nehmen.

Ein Bündnis aus verschiedenen Wohlfahrtsverbänden und der GEW schlägt eine Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren vor. Sie soll das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte sächlichen Existenzminimum von 500 € umfassen und bedingungslos, ohne Bedarfsprüfung bei ihnen selbst oder den Eltern und ohne Anrechnung auf eventuelle Transfereinkommen der Eltern ausgezahlt werden (im Netz unter [http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/download/090408\\_Papier\\_KGS.pdf](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/download/090408_Papier_KGS.pdf)). Eventuell wäre es möglich, eine Kampagne für solch eine Kindergrundsicherung mit einer gegen Altersarmut und für eine Mindestrente zu verbinden.

Das gute Leben aller und einer Jeden ist niemals nur eine ferne Vision oder eine radikale Idee. Es muss immer hier und jetzt verwirklicht werden und das Hier und Jetzt ist immer überall und gleichzeitig. Seine Verwirklichung geschieht nicht abstrakt, sondern in konkreten politischen Auseinandersetzungen, in tagespolitischen Kämpfen. Die kann man so wenig frei erfinden wie die Bewegung selbst, aber man muss Vorschläge entwickeln und Denkbare aufzeigen. Und man muss darum wissen, dass tatsächlich ganz andere Kämpfe eintreten können und wahrscheinlich auch werden, an denen wir uns dann zu beteiligen haben. Ob Attac Deutschland dem gewachsen sein wird, lässt sich nicht im Vorhinein sagen. Das kann und wird sich erst in diesen zukünftigen Kämpfen zeigen. Mit der Benennung des Sozialen und dem globalen Rechtediskurs hat das Netzwerk durchaus das Potenzial, dabeizusein.